

ALBANISCHE HEFTE

1/2015



Themenschwerpunkt:
**Albanien und die
deutsche Besetzung 1943 - 44**

Zeitläufe

Exodus Kosova

Flucht vom Westbalkan

Diaspora

Zwischen Assimilierung
und nationaler Identität:
**die albanische Diaspora
in der Türkei**

44. Jahrgang - 1. Quartal - 3,50 €

ISSN 0930-1437



Albanien auf der Leipziger Buchmesse ...

Wie auch in vergangenen Jahren war Albanien in 2015 erneut Gast auf der Leipziger Buchmesse und mehrmals auf der „Traduki“-Bühne und im „Café Europa“ vertreten. Es hat sich aber einiges geändert. Die Federführung bei der Organisation des in diesem Jahr nur halb so großen Standes ist vom albanischen Verlegerverband auf das Kulturministerium übergegangen.

Auch die Strukturen des Übersetzernetzwerkes „Traduki“ scheinen in Albanien zunehmend Gestalt anzunehmen, konkret in der Person des Lyrikers Arian Leka. Parallel zur Buchmesse ist ein Aufsatz Lekas in der Berliner Lettre International (108/ Frühjahr 2015) erschienen. Die in diesem Aufsatz „Geboren in der Provinz“ aufgegriffenen Themen – Albanien zwischen Ost und West, Albanien zwischen Bergen und Meer und nicht zuletzt: Albanien zwischen Tradition und Moderne – fanden auch in den Podiumsdiskussionen Widerhall.

Trotzdem war es schade, dass es den auf der Buchmesse aktiven Organisationen nach wie vor nicht gelungen ist, eine Veranstaltung zu organisieren – weder auf der Messe selbst noch abends auf einer „Leipzig liest“-Bühne –, auf der ins Deutsche übersetzte albanische Prosa oder Lyrik hätte präsentiert werden können. Es ist nur bedingt gewinnbringend und zuweilen dilettantisch, wie zwei oder drei Autoren sich auf der Bühne über aktuelle Themen (wie

z.B. religiöse Toleranz) unterhalten oder wie sie – dem diesjährigen „Traduki“-Leitthema getreu – Durrës oder Prishtina erlebt haben bzw. erleben. Dazu besucht man keine Buchmesse.

Nichtsdestotrotz lassen die Entwicklungen hoffen, dass es mal dazu kom-

men wird. Kosovo hatte leider keinen eigenen Stand auf der Buchmesse, wurde von einer einzigen Autorin – der von „Traduki“ eingeladenen Ervina Halili – vertreten. Auch das ist zu bedauern.

Andreas Hemming

... und auf der ITB in Berlin



Nach dem katastrophalen (Übergangs-)Auftritt vor einem Jahr präsentierte sich die ‚Albanian Tourism Agency‘ auf der diesjährigen ITB im neuen Design und mit neuen Farben: Magenta, Türkis und Gelb. Nach vielen Jahren mit dem Mohnblumen-Motiv werden wir uns jetzt an Ecken und Kanten gewöhnen müssen. Dennoch bleibt der eine oder andere englischsprachiger Werbespruch - ‚Albanien richtet sich auf. Besser an Bord kommen, bevor es aufsteigt‘ - auch nach längerer Überlegung sinnfrei.

Andreas Hemming, Foto: Martin Heusinger

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

auch in dieser Ausgabe setzen wir den Abdruck von Materialien der Hamburger Tagung fort und bringen einen Artikel, der eine der dunkelsten Stunden deutsch-albanischer „Begegnungen“ behandelt, nämlich die Besetzung Albaniens durch die Wehrmacht in den Jahren 1943-44. Wie wurde diese Besetzung von den politischen Kräften in Albanien aufgenommen und welche Haltung nahmen sie dazu ein? Diese Fragen werden noch heute in der albanischen Geschichtsschreibung diskutiert, der Hamburger Vortrag von Marenglen Kasmi gibt hier eine anschauliche Zusammenfassung.

Ein Thema, das im letzten halben Jahr große Aktualität gewonnen hat, ist die Flucht zahlreicher Bürger aus dem Kosovo, aus Albanien und auch den übrigen Staaten des Westbalkan. Hier stehen wir, nach Jahren relativer Stabilität, einer erneuten dramatischen Fluchtwelle gegenüber, die einerseits zeigt, dass viele Menschen in ihren Ländern keine Perspektiven mehr für sich sehen und große Opfer auf sich nehmen, um für sich und ihre Kinder eine vermeintlich „bessere Zukunft“ zu erreichen. Andererseits sind die Chancen von Albanern oder Kosovaren, in Deutschland Asyl zu erhalten, verschwindend gering, auch wenn hierzulande die politische Diskussion über den Status des Kosovo und Albaniens als „sichere Herkunftsländer“ noch nicht endgültig abgeschlossen ist; aber die Tendenz geht eindeutig dahin, dass dies in absehbarer Zeit (positiv) geschehen wird. Während der Artikel „Exodus Kosova“ vor allem auf die Hintergründe eingeht, die die Menschen im Kosovo zur Flucht bewegen, zeigt der Beitrag „Flucht vom Westbalkan“ die zahlenmäßige Dimension dieser Problematik auf.

Seit einigen Jahren schon haben wir in der Redaktion immer mal wieder darüber diskutiert, in wie weit wir in den Albanischen Heften die albanische Diaspora präsentieren können. Wir haben uns nun dazu entschlossen, diese Thematik in einer neuen Rubrik aufzunehmen, die wir nicht unbedingt in jedem Heft behandeln werden, aber möglichst häufig. Beginnen wollen wir mit einem Beitrag über albanische Emigrantenorganisationen in der Türkei, in der eine große Anzahl von Albanern lebt. Stoff für die Fortsetzung dieser Reihe sollte es genügend geben, denn schließlich leben Albaner in der ganzen Welt!

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: Januar - April 2015

Zeitläufe

- 08 **Isa Mustafa neuer Ministerpräsident im Kosovo**

LDK und PDK einigen sich auf gemeinsame Regierungsbildung

- 11 **Exodus Kosova**

- 15 **Flucht vom Westbalkan**

Schwerpunktthema

- 18 **Albanien und die deutsche Besetzung 1943-44**

Die Errichtung der Besatzungsmacht und die Haltung der politischen Kräfte



Diaspora

- 24 **Zwischen Assimilierung und nationaler Identität:
die albanische Diaspora in der Türkei
Besuch bei albanischen Emigrantenvereinen in Bursa**

Medienreport

- Rezensionen

- 28

Aus der DAFG

Albanisches Sommerfest im Webereimuseum Gieselwerder

- 29 Kontaktadressen

Titel

Neubau im Blockviertel von Tirana
Foto: Jochen Blanken

Rückseite

Tirana: 0800-Nummer einmal anders: als Anti-Korruptions-hotline; Foto: Jochen Blanken

■ Januar 2015

6. Neuer Konflikt zwischen Präsident und Regierung: Präsident Bujar Nishani lehnt eine schnelle Neubesetzung der vakanten Plätze am Obersten Gericht ab, wofür die gesetzlichen Grundlagen im Dezember 2014 geändert wurden. – Erst am 16.1. ernennt Nishani Markelian Koca und Fuat Vjerdha zu Richtern am Obersten Gerichtshof.

7. Splitterparteien verlassen Linksbündnis: Marko Dajti, der Chef der „Linksfront“, erklärt aus Protest gegen die Sozialpolitik der Regierung Rama den Austritt seiner Partei aus dem linken Parteienbündnis, das 2013 die Wahlen gewonnen hatte. Auch andere kleine Partner der PS waren auf Distanz gegangen. – Die Linksfront war im Juni 2014 aus mehreren linksradikalen Parteien, darunter Dajtis „Wiederaufgebauter Partei der Arbeit Albanien“, entstanden. Die teilnehmenden Parteien hatten 2013 insgesamt nur wenige Tausend Stimmen erhalten.

7. Kosovo wirft Serbien Einmischung vor: Die Regierung von Kosovo wirft gegenüber der EU Serbien vor, sich in unzulässiger Weise in innere Angelegenheiten Kosovos einzumischen, indem Belgrad in serbischen Enklaven Bürgermeister ernennt und Parallelstrukturen aufrechterhält.

8. Fleckenstein ermutigt Albanien: Der Europaabgeordnete und Berichterstatter für Albanien Knut Fleckenstein (Fraktion S&D) erklärt im Gespräch mit Präsident Nishani, die EU-Mitgliedschaft Albanien sei nur eine Frage der Zeit, wenn Albanien die geforderten rechtsstaatlichen Standards sichere.

9. PD beschuldigt 19 Regierungsabgeordnete der Kriminalität: PD-Chef Lulzim Basha konkretisiert seine Kriminalitätsvorwürfe gegen die Regierungsmehrheit. Danach seien 19 der 83 Koalitionsabgeordneten in Kriminalität verstrickt. – Ministerpräsident Rama spricht von einer Verleumdungskampagne der Opposition.

13. US-Botschafter Lu überreicht Beglaubigungsschreiben: Der neue US-Botschafter Donald Lu überreicht Präsident Nishani sein Beglaubigungsschreiben. Er

absolviert in den folgenden Tagen seine Antrittsbesuche.

14. Vucic in Kosovo: Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vučić und mehrere Mitglieder seiner Regierung besuchen die serbisch dominierten Gemeinden in Kosovo. Sie führen Gespräche mit Lokalpolitikern und Kirchenfunktionären.

14. Kokainlabor ausgehoben: Die Polizei hebt ein Kokainlabor in Elbasan aus und nimmt zwei Kolumbianer fest. Der Vorgang wird politisiert, weil Ermal Hoxha, ein Neffe Enver Hoxhas, verdächtigt wird, Teil des Drogenhandels zu sein; Sali Berisha beschuldigt die Regierung der Komplizenschaft.

14. Hans-Jürgen Sasse gestorben: Der am 30.4.1943 in Berlin geborene Sprachwissenschaftler Hans-Jürgen Sasse stirbt. Der frühere Lehrstuhlinhaber für Sprachwissenschaft an der Universität Köln hatte u.a. 1988 eine Konferenz über den Stand der Albanologie mitorganisiert und eine umfangreiche Bestandsaufnahme des Albanischen in Griechenland (Arvanitika. Wiesbaden 1991) veröffentlicht, von der nur ein Band erschien.

18. MJAFT! evaluiert Regierungstätigkeit: Die Bürgerbewegung MJAFT! (GENUG!) evaluiert die Umsetzung der Versprechen der Regierung im Jahr 2014. Von 24 Handlungsfeldern habe das Kabinett Rama sechs völlig und sieben teilweise umgesetzt, neun nicht, und zwei seien nicht messbar.

18. Keine Entscheidung über Trepça: Das Parlament von Kosovo nimmt mit 67 Stimmen und drei Enthaltungen bei Boykott durch die Opposition ein Gesetz über den Status bestimmter öffentlicher Unternehmen an. Das im Norden gelegene Bergwerk Trepça wird nicht einbezogen. Serbien hatte gedroht, die für den Februar angesetzten Vermittlungsgespräche zu boykottieren, wenn eine einseitige Entscheidung über Trepça getroffen würde.

24. Protestdemonstrationen in Kosovo: Die VV und andere Oppositionsparteien organisieren in Prishtina eine Protestdemonstration gegen die Regierung; sie fordert die Entlassung des für Minderheiten zuständigen Ministers Aleksandar Jablanović aus der serbischen Minderheit und

eine härtere Haltung gegenüber Serbien (s. 18.1.2015). Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei mit zahlreichen Verletzten und Festnahmen. – Dem Minister wird vorgeworfen, er habe sich öffentlich abfällig über die Mütter von UÇK-Kämpfern und im Krieg verschwundenen Albanern geäußert. Eine Klarstellung Jablanovićs wird von der VV nicht akzeptiert.

27. Erneute Demonstration in Prishtina: An einer weiteren Demonstration der Opposition in Prishtina nehmen viele Tausend Menschen teil. Es gibt erneute Zusammenstöße und Festnahmen; auch Shpend Ahmeti (VV), der Bürgermeister von Prishtina, wird vorübergehend festgenommen. Die in Prishtina oppositionelle LDK fordert seinen Rücktritt.

28. Freedom House Rankings: Im Jahresbericht der US-NGO Freedom House bleibt Albanien bei je 3 von 7 Punkten (1 ist der beste, 7 der schlechteste Wert) für Bürgerrechte und politische Freiheiten. Kosovo hat jeweils 4 Punkte.

30. Streit um Kommunalbudget von Prishtina: Bürgermeister Ahmeti kritisiert den Beschluss der Regierung, den Kommunalhaushalt in Höhe von 69 Mio. Euro nicht zu genehmigen. Falls die Regierung über den 1. März hinaus daran festhalte, müsse es Neuwahlen zum Stadtparlament geben. – Ahmeti hatte im Dezember 2013 in der Stichwahl überraschend gegen Amtsinhaber Isa Mustafa (LDK) gewonnen, der mittlerweile Ministerpräsident ist.

■ Februar 2015

1. Fluchtwelle vom Westbalkan: In Deutschland und anderen europäischen Staaten kommen verstärkt Asylbewerber aus Kosovo und anderen westbalkanischen Staaten an. Im Januar wurden in der BRD 3.034 Asylanträge von kosovarischen Bürgern gestellt, 2.042 von serbischen Bürgern, 1.598 von albanischen Staatsangehörigen und 540 von Makedoniern; das sind jeweils doppelt so viele wie im Dezember. Aus dem Bürgerkriegsland Syrien waren es „nur“ 5.340 Antragsteller. Die Kosovaren emigrieren meist

über Serbien nach Ungarn, weil Serbien Kosovo weiterhin als eigenes Staatsgebiet betrachtet und deshalb den Kosovaren die Einreise nicht verweigern kann.

2. Anti-Korruptions-Website: Die albanische Regierung richtet eine Website ein, auf der Bürger Fälle von Korruption online melden können. Die PD kritisiert dies als Augenwischerei, da die Regierung selbst korrupt sei.

3. Umgehungsstraße für Vlora: Die EU gewährt Albanien einen über die EBRD abgewickelten Kredit über 21 Mio. € für den Bau einer 29 km langen Umgehungsstraße bei Vlora.

3. Jablanovic entlassen: Der bisherige Minister für nationale Minderheiten in der kosovarischen Regierung, Aleksandar Jablanović, wird entlassen (s. 24.1.2015). Der Verbleib der von ihm geführten Serbischen Liste in der Koalition bleibt zunächst offen.

3. Parteienzuschüsse: Die Zentrale Wahlkommission Albaniens legt die diesjährigen Zuschüsse für die Parteien fest, die sich im Wesentlichen nach dem Abschneiden bei den Wahlen richten. Danach erhält die PS (gerundet) 73,7 Mio., die PD 57,2 Mio., die LSI 20,6 Mio., die PDIU 7,5 Mio., die PR 6,6 Mio., die PBDNJ und die PKDSH jeweils 4,1 Mio., die FRD 3,5 Mio., PSD, PDS, AKZ und PDK jeweils 3,2 Mio. Lekë.

6. Bürgermeister von Vlora erneut festgenommen: Shpëtim Gjika, der sozialistische Bürgermeister von Vlora, wird wegen Amtsmissbrauchs festgenommen. Er war bereits im Vorjahr in einem Bestechungsverfahren angeklagt, aber freigesprochen worden (s. 27.11.2014).

7. Sali Kelmendi gestorben: Sali Kelmendi, 1992-1996 erster nichtkommunistischer Bürgermeister von Tirana, stirbt in Tirana an einem Herzinfarkt. Der am 31.5.1947 in Tirana geborene Kelmendi gehörte zu den Mitbegründern der PD. Er setzte die Privatisierung des bis dahin staatlichen Wohnraums durch und erlaubte unbegrenzte „wilde“ Bautätigkeit, u.a. die Errichtung ungenehmigter Kioske in der gesamten Innenstadt.

7. Orden für serbischen Generalstabschef unter schwerem Verdacht: Nur eine

Woche, nachdem Menschenrechtsorganisationen Dokumente vorgelegt haben, wonach der Generalstabschef Ljubiša Diković 1999 schwere Kriegsverbrechen gegen Kosovo-Albaner begangen hat, wird er mit dem „Weißer-Adler-Orden“ ausgezeichnet; die Verleihung soll am Nationalfeiertag 15. Februar stattfinden.

10. Sprengstoffanschläge in Tirana: In Tirana werden von Unbekannten mehrere Sprengstoffanschläge verübt; Menschen kommen nicht zu Schaden. Eine Explosion ereignet sich in einer Apotheke, die dem Vater von Innenminister Samir Tahiri (PS) gehört. Die Regierung spricht von Racheakten der Organisierten Kriminalität wegen der verschärften Strafverfolgung, die PD sieht darin hingegen einen Beleg für das Versagen der Regierung.

10. Einigung Belgrad – Prishtina über Justizsystem in Nordkosovo: Nach Vermittlung der EU verständigen sich Kosovo und Serbien darauf, in Mitrovica ein mit Serben und Albanern besetztes Kreisgericht zu errichten.

11. Asylanträge für Kosovaren vorrangig bearbeitet: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bearbeitet Asylanträge von Kosovaren vorrangig binnen zwei Wochen; sie werden derzeit zu 99,7 % abgelehnt. – Besonders Innenminister von CDU und CSU fordern, Kosovo zum sicheren Herkunftsstaat zu erklären; Gegner weisen darauf hin, dass dies im Falle Serbiens und Makedoniens auch nicht zu einem Zurückgehen der Flüchtlingszahlen geführt habe.

12. Nishani wirft Rama Beleidigung vor: In einer offiziellen Erklärung wirft das Präsidentsamt Ministerpräsident Rama vor, sich im Parlament im Zusammenhang mit der Ernennung des Schriftstellers Visar Zhiti zum Botschafter beim Heiligen Stuhl in beleidigender und nötiger Weise über Präsident Nishani geäußert zu haben. Der Konflikt eskaliert in den folgenden Tagen weiter.

12. Nothilfe bereitgestellt: Die Regierung stellt 110 Mio. Lekë Soforthilfe (ca. 815.000 €) für die Opfer der Überschwemmungen im Süden, besonders im Raum Fier, bereit, die durch heftige Niederschläge der letzten Wochen entstanden

waren. Die PD kritisiert die Hilfe als unzureichend und zu spät.

12. Bundespolizisten an serbisch-ungarische Grenze verlegt: Die Bundesregierung verlegt 20 Bundespolizisten an die serbisch-ungarische Grenze, um die ungarischen Behörden beider Verhinderung illegaler Grenzübertritte von Flüchtlingen aus dem Westbalkan zu unterstützen.

16. Gemeinsame Grenzkontrollen Albanien-Kosovo: Die Ministerpräsidenten Albaniens und Kosovos, Edi Rama und Isa Mustafa, weihen den „Gemeinsamen Transitkorridor“ zwischen beiden Staaten ein, der die Grenzen ohne generelle Kontrollen durchlässig machen soll.

17. Zhiti wird nicht Botschafter: Nach der erneuten Ablehnung durch Präsident Nishani gibt die Regierung ihre Absicht auf, Visar Zhiti zum Botschafter beim heiligen Stuhl zu berufen, schließt aber nicht aus, ihn zum Geschäftsträger dort zu ernennen; das fiele nicht in die Kompetenz des Präsidenten (s. 12.2.2015).

21. Balkanhistoriker Holm Sundhaussen gestorben: In Regensburg stirbt der bekannte Südosteuropa-Historiker Holm Sundhaussen. Der am 17.4.1942 in Berlin geborene Sundhaussen vertrat ein Verständnis des Balkans und besonders Jugoslawiens, das sich von den jeweiligen nationalistischen Geschichtsbildern ebenso löste wie von einer Abqualifizierung der Menschen des Balkans als besonders gewaltgeneigt.

23. Bürgermeister von Pogradec zurückgetreten: Der sozialistische Bürgermeister von Pogradec, Artan Shkëmbi, tritt wenige Monate vor der Kommunalwahl zurück und bittet seine Partei, einen anderen Kandidaten zu nominieren.

24. Neues Lied für ESC: Elhaida Dani, die Gewinnerin des RTVSH-Wettbewerbes 2014 und damit die Vertreterin Albaniens beim ESC in Wien, teilt mit, dass Aldo Shllaku, der Komponist des Siegertitels „Dielli“ das Lied zurückgezogen hat. Sie will mit dem neuen Titel „I'm alive“ der kosovarischen Künstler Arbër Elshani und Chris Lekaj in Wien austreten. Die Leitung des albanischen Fernsehens will an Dani als Repräsentantin Albaniens festhalten, was auf öffentliche Kritik stößt (s. 28.12.2014).

25. Übersetzerpreis für Hysa: Mimoza Hysa wird mit einem Preis des italienischen Kulturministeriums für ihre Übersetzungen italienischer Literatur ins Albanische ausgezeichnet.

■ März 2015

1. Visar Ymeri neuer VV!-Vorsitzender:

In einer Mitgliederwahl wird der bisherige Fraktionsvorsitzende der kosovarischen Partei Selbstbestimmung! (VV!), Visar Ymeri, mit 9.642 Stimmen gegen 188 bei 132 Enthaltungen zum Nachfolger Albin Kurtis gewählt. Die Mitglieder stimmen einer Satzungsänderung zu, wonach der Generalrat der VV! über örtliche Koalitionen entscheiden kann. Der Parteivorstand wählt die übrigen Mitglieder der Parteiführung. Glauk Konjufca wird Fraktionsvorsitzender.

2. PS-Abgeordneter Doshi erhebt Mordkomplott-Vorwürfe:

Der sozialistische Abgeordnete Tom Doshi erhebt öffentlich die Behauptung, Edi Rama und LSI-Chef Ilir Meta hätten sich verschworen, ihn und den PD-Abgeordneten Mhill Fufi zu ermorden. Er wird daraufhin aus der PS-Fraktion ausgeschlossen. – Die Affäre beschäftigt die Öffentlichkeit in den nächsten Wochen. Die Opposition fordert den Rücktritt Metas als Parlamentspräsident. Auch der christdemokratische Abgeordnete, der Regierungskoalition angehörende Abgeordnete Mark Frroku wird der Mitwisserschaft beschuldigt.

4. Gefälschte Diplome der Universität Peja:

Die Staatsanwaltschaft in Peja/Peć ermittelt wegen mehr als 500 gefälschten Diplomen der örtlichen Haxhi-Zeka-Universität aus der Zeit 1999-2004. In allen Balkanländern sind gefälschte Diplome und Promotionen Teil der Korruption im Bildungswesen.

5./6. Deutsche Katholiken: Kosovo unsicher – Bayern:

Kosovo sicher: Der Vorsitzende der Freisinger Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, spricht sich gegen eine Einstufung Kosovos als sicheres Herkunftsland aus. Er fordert mehr Hilfe für den jungen Staat. – Bayern bringt am 6.3. einen Antrag in den Bundesrat ein, Kosovo, Albanien und Montenegro als sicher

einzustufen, was Asylanträge so gut wie aussichtslos machen würde.

7. Keine Rückreisebeihilfe mehr für Kosovaren:

Das Bundesamt für Migration teilt mit, dass kosovarische Flüchtlinge künftig nicht mehr 200 Euro als Reisebeihilfe sowie 400-750 Euro als Starthilfe in Kosovo erhalten würden, um durch diese Zahlungen nicht noch mehr Kosovaren zu einer Einreise in Deutschland zu motivieren.

7. Zolldirektorin Spiropali tritt zurück:

Nach anderthalb Jahren tritt Elisa Spiropali als Direktorin des albanischen Zolls zurück. Die Vorsitzende der sozialistischen Jugendorganisation gibt die Geburt ihrer Tochter als wichtigsten Grund an, jedoch gab es Zweifel an der effizienten Tätigkeit der traditionell korruptionsgeprägten Behörde.

8. Untersuchungshaft für Doshi-Zeugen:

Das zuständige Gericht erlässt Haftbefehl gegen Durim Bami, der öffentlich behauptet, ihm seien 500.000 Euro für die Ermordung des PS-Abgeordneten Doshi und 100.000 Euro für die des PD-Abgeordneten Fufi geboten worden (s. 2.3.2015).

10. Polizeigipfel Kosovo – Serbien:

Der Direktor der kosovarischen Polizei, Shpend Maxhuni, trifft in Belgrad mit seinem serbischen Kollegen zusammen. Es gibt internationalen Druck auf eine engere Kooperation gegen Drogen- und Menschenhandel auf dem Balkan.

11. Kosovo-Serben verlassen Regierung:

Nach Konsultationen mit der serbischen Regierung erklären Sprecher der Serben in Kosovo, dass sie bis auf weiteres nicht mehr an der Kosovo-Regierung teilnehmen werden; Anlass dafür war die Entlassung des Ministers Aleksandar Jablanović (s. 3.2.2015).

11. Stellvertretender Verteidigungsminister Hila tritt zurück:

Dritan Hila tritt als stellvertretender Verteidigungsminister Albaniens zurück; er gibt private Gründe an.

12. Opposition demonstriert:

In Tirana organisiert die PD eine landesweite Demonstration gegen die Regierung Rama und für den Rücktritt von Parlamentspräsident Ilir Meta; im Mittelpunkt stehen die Anschuldigungen des bisherigen PS-Abgeordneten Doshi, der Ministerpräsident

und Parlamentspräsident Meta planten seine Ermordung. Eine Parlamentssitzung wird deshalb nach einer Viertelstunde abgebrochen.

12. Qerim Ujkani gestorben: Der 1937 in Peja geborene Schriftsteller Qerim Ujkani stirbt in Prishtina. Er war Autor zahlreicher Gedichtbände und Prosawerke sowie literarischer Übersetzer aus dem Serbokroatischen. Ab 1967 arbeitete er als Kulturredakteur bei Radio Prishtina.

12.-15. Albanien auf Leipziger Buchmesse:

Albanien nimmt mit Autorenlesungen von Arian Leka und Gëzim Qendro an der Buchmesse in Leipzig teil. Serbien und Albanien traten 2014 dem europäischen Übersetzer-Netzwerk Traduki bei.

15. Linkes Wahlbündnis:

PS und LSI verständigen sich auf die gemeinsamen Bürgermeister-Kandidaturen bei den Kommunalwahlen am 21.6.2015. Die PS lässt ihrem kleineren Partner den Zugriff auf zahlreiche größere und mittlere Städte: Berat, Lezha, Gjirokastra, Kukës, Pogradec, Kuçova, Skrapar, Vora, Bulqiza, Cërrik, Mallakastra, Delvina, Përrenjas, Selenica und Kolonja.

18. Kommandowechsel bei FSK:

In Prishtina übernimmt Generalmajor Rahman Rama von Generalleutnant Kadri Kastrati das Kommando der Sicherheitskräfte von Kosovo (FSK).

20. Prishtina ohne Straßennamen:

Die Stadtverwaltung der kosovarischen Hauptstadt schätzt die Zahl der Straßen auf rund 2.000, von denen nur rund 600 Namen haben; auch trägt eine große Zahl der Gebäude keine Hausnummern. Eine Kommission soll Abhilfe schaffen.

21. Anklage gegen Doshi und Frroku:

Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen die Abgeordneten Tom Doshi (ehemals PS) und Mark Frroku (PKD), die das Mordkomplott, das Ilir Meta und Edi Rama gegen sie geschmiedet haben sollen, nur erfunden hätten; die Aufhebung ihrer Immunität wird beantragt (s. 2.3.2015). Am 26.3. werden beide festgenommen.

21. Museum in Durrës wieder offen: In Anwesenheit von Ministerpräsident Rama wird nach vierjähriger Schließung das Archäologische Museum in Durrës wieder eröffnet.

23. Gemeinsame Kabinettsitzung:

In

Tirana findet die zweite gemeinsame Sitzung der Regierungen Albanien und Kosovos statt, auf der eine Reihe von Vereinbarungen über eine engere Zusammenarbeit getroffen werden. In der Öffentlichkeit wird die fehlende Umsetzung solcher Abkommen kritisiert, wie sie bereits vor einem Jahr in Prizren getroffen wurden.

23. Letzter Gërdec-Verantwortlicher frei: Das Gericht von Tirana erlässt Dritan Minxholli seine Reststrafe; er leitete die Fabrik zur Munitionsdemontage in Gërdec, die vor sieben Jahren wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen explodierte. Dabei starben 26 Menschen, mehrere Hundert wurden verletzt.

23. Mesic Ehrenbürger von Tirana: Der frühere kroatische Präsident Stipe Mesic wird zum Ehrenbürger von Tirana ernannt, um seine Verdienste zugunsten der Albaner und Kosovos zu würdigen.

28. Neue Vorwürfe gegen Mark Frroku: Trotz einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, den christdemokratischen Abgeordneten Frroku freizulassen, beantragt die Generalstaatsanwaltschaft einen neuen Haftbefehl. Grund dafür ist ein belgischer Haftbefehl, weil Frroku 1999 an einem Mord beteiligt gewesen sein soll, was er bestreitet.

29. Albanien besiegt Armenien 2:1: Im Qualifikationsspiel zur Europameisterschaft 2016 besiegt Albanien Armenien in Elbasan mit 2:1. Torschützen sind Mërgim Mavraj (davon ein Eigentor) und Shkëlzen Gashi. Albanien liegt in der Qualifikationsgruppe 1 jetzt gleichauf mit Dänemark auf dem zweiten Platz.

30. Bürgermeisterkandidaturen: Der frühere PD-Kommunalpolitiker Gjergj Bojaxhiu kündigt seine Kandidatur als unabhängiger Bewerber für die Bürgermeisterwahl in Tirana an. PD und PS haben ihre Kandidaten noch nicht benannt; PD-Chef Lulzim Basha erklärt am 31.3. offiziell seinen Verzicht auf eine neue Kandidatur. – Die PS und die çamische Vertriebenenpartei PDIU verabreden ein Wahlbündnis für die Kommunalwahlen; die PDIU soll Bürgermeisterkandidaten in Rogozhina, Konispol, Shijak, Patos und Peqin aufstellen.

■ April 2015

3. Umstrittener Freispruch: Trotz des Antrags der Staatsanwaltschaft auf eine lebenslange Haftstrafe wird Arben Frroku vom Mordvorwurf an dem Kriminalpolizisten Dritan Lamaj am 24.2.2013 freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft geht in die Berufung. Arben Frroku ist der Bruder des am Vortag verhafteten Mark Frroku (s. 28.3.2015). Die Opposition erhebt den Vorwurf, damit werde das Schweigen Mark Frrokus wegen des angeblichen Mordkomplotts gegen Tom Doshi erkaufte. Auch Innenminister Saimir Tahiri kritisiert den Freispruch.

9. Menduh Thaçi bei Basha: PD-Chef Lulzim Basha empfängt den Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Albaner in Makedonien, Menduh Thaçi; er erklärt, seine Partei unterstützte den Kampf der Albaner Makedoniens für mehr Gleichberechtigung, und rät den albanischen Parteien Makedoniens zu mehr Zusammenarbeit.

10. Bürgermeister von Kamza verurteilt: Xhelal Mziu (PD), der Bürgermeister von Kamza, wird wegen Korruption zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er darf zwei Jahre lang keine öffentlichen Ämter bekleiden. Die PD hatte ihn am Vortag erneut nominiert und spricht von einem politischen Urteil.

11. Euro-Rechte gegen Albanien EU-Mitgliedschaft: Europaabgeordnete des französischen Front National und der italienischen Lega Nord bringen Anträge ein, wonach der Beitrittsprozess Albanien gestoppt werden soll. Die EU soll danach Reformen in Albanien ohne die Perspektive einer Mitgliedschaft unterstützen.

11. Serbien protestiert gegen Rama-Äußerungen: Serbien protestiert in einem Brief an die EU gegen Äußerungen von Ministerpräsident Edi Rama über eine Vereinigung der Albaner im Rahmen der EU, die mit den „Mitteln des 21. Jahrhunderts“ vorbereitet werde.

16. Erion Veliaj und Halim Kosova Kandidaten für Tirana: Die PD präsentiert ihren Abgeordneten Halim Kosova als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters von Tirana; er wird auf Sozialminister Erion Veliaj von der PS treffen.

18. Serbien lässt Thaçi nicht einreisen: Die serbische Regierung droht dem kosovarischen Außenminister Hashim Thaçi mit Festnahme bei einer Einreise. Thaçi sollte am 24.4. an einer Veranstaltung einer NGO für Friedenspolitik teilnehmen. Gegen ihn bestehe ein Haftbefehl wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen, die er als UÇK-Führer begangen haben soll. Wenn er serbischen Boden betrete, werde er festgenommen und vor Gericht gestellt.

21. PBDNJ kandidiert allein – Christdemokraten mit PS: Die an der Regierung beteiligte Minderheitenpartei PBDNJ wird außerhalb der Bündnisse mit eigenen Bürgermeisterkandidaten an der Kommunalwahl teilnehmen. Die PDK von Nard Ndoka hatte am Vortag ihren Wechsel aus dem rechten ins linke Lager verkündet.

21. Treffen Vucic-Mustafa: In Brüssel trifft der serbische Regierungschef Aleksandar Vučić seinen kosovarischen Kollegen Isa Mustafa. Im Mittelpunkt stehen technische Fragen wie Grenzübergänge und Telefonvorwahlen.

25. Streit um FARK: Rrustem Berisha, ein früherer Kommandant der „Streitkräfte der Republik Kosova“ (FARK), weist Vorwürfe des ehemaligen Leiters des albanischen Inlandsgeheimdienstes SHISH, Fatos Klosi, zurück, die von der kosovarischen Exilregierung gebildeten FARK hätten sich im Gegensatz zur UÇK 1998/99 nicht aktiv am Kampf um Kosovo beteiligt; sie seien im Gegenteil besonders effektiv gewesen, weil ihre Mitglieder zuvor der jugoslawischen Armee angehört hätten. Klosi kritisiert auch die Rolle Ibrahim Rugovas scharf.

25. Rama-Ausstellung in Berlin: In der Berliner Galerie Michael Schultz wird in Anwesenheit des Ministerpräsidenten eine Ausstellung seiner Graphiken unter dem Titel „Kalenderblüten“ eröffnet, die bis zum 23. Mai dauern soll.

26. Nishanis Appell gegen Auswanderung: Präsident Bujar Nishani appelliert an die Bürger, nicht auf Anwerbeversuche von Kriminellen hereinzufallen und auszuwandern; gleichzeitig wirft er der Regierung Untätigkeit gegen die neue Auswanderungswelle vor.

Isa Mustafa neuer Ministerpräsident im Kosovo

LDK und PDK einigen sich auf gemeinsame Regierungsbildung

Am 09.12.2014 wählte das kosovarische Parlament mit 73 gegen 38 Stimmen und bei drei Enthaltungen den Vorsitzenden der „Demokratische Liga Kosovas“ (LDK), Isa Mustafa (LDK), zum neuen Ministerpräsidenten des Kosovo. Zuvor hatten sich am 19.11.2014 die „Demokratische Partei Kosovas“ (PDK) des bisherigen kosovarischen Regierungschefs Hashim Thaçi mit der LDK, und unter Einschluss der Parteien der nationalen Minderheiten, auf die Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung verständigt, womit der sechsmonatige politische Stillstand nach den Parlamentswahlen vom 08.06.2014 schließlich doch noch ohne eine Ausschreibung von Neuwahlen überwunden werden konnte. Die neue kosovarische Regierung setzt sich wie folgt zusammen.

Ministerpräsident:	Isa Mustafa (LDK)
Erster stellvertretender Ministerpräsident:	Hashim Thaçi (PDK)
Stellvertretender Ministerpräsident:	Kujtim Shala (LDK)
Stellvertretender Ministerpräsident:	Branimir Stojanović (SL)
Außenminister:	Hashim Thaçi (PDK)
Kultur, Jugend und Sport:	Kujtim Shala (LDK)
Bildung, Wissenschaft und Technologie:	Arsim Bajrami (PDK)
Land- u. Forstwirtschaft, ländliche Entwicklung:	Memli Krasniqi (PDK)
Diaspora:	Valon Murati (PDK/LB)
Justiz:	Hajredin Kuci (PDK)
Europäische Integration:	Bekim Qollaku (PDK)
Wirtschaftliche Entwicklung:	Blerand Stavileci (PDK)
Umwelt und Raumplanung:	Ferid Agani (PDK/PD)
Technische Verhandlungen mit Serbien:	Edita Tahiri (PDK/ADK)
Inneres:	Skënder Hyseni (LDK)
Gesundheit:	Imet Rrahmani (LDK)
Infrastruktur:	Lutfi Zharku (LDK)
Handel und Industrie:	Hikmete Bajrami (LDK)
Sicherheitskräfte:	Haki Demolli (LDK)
Arbeit und Soziales:	Arban Abrashi (LDK)
Finanzen:	Avdulla Hoti (LDK)
Kommunalverwaltung:	Lubomir Marić (SL)
Ethnische Gemeinschaften und Rückkehr:	Aleksandar Jablanović (SL)
Öffentliche Verwaltung:	Mahir Yağcılar (KDTP)
Ohne Geschäftsbereich:	Rasim Demiri (Vakat)

(SL = „Serbische Liste“, KDTP = „Demokratische Türkische Partei des Kosovo“, Vakati = Koalitionsliste der bosnischen Minderheit, LB = „Bewegung für Vereinigung“, ADK = „Demokratische Alternative des Kosovo“, PD = „Gerechtigkeitspartei“. Die LB und PD hatten als Teil der Vorwahlkoalition unter der Führung der PDK an den Parlamentswahlen vom 08.06.2014 teilgenommen. Die Vorsitzende der ADK, Edita Tahiri, kandidierte als Einzelkandidatin auf der PDK-Liste.)

Dem Kabinett von Isa Mustafa gehören somit jeweils neun Mitglieder der LDK und PDK sowie drei Angehörige der serbischen und je ein Mitglied der türkischen und bosnischen Minderheit im Kosovo an, wobei sich unter den Regierungsmitgliedern lediglich zwei Frauen befinden.

Aus den kosovarischen Parlamentswahlen vom 08.06.2014, die erstmals im gesamten Kosovo und damit auch im serbisch dominierten Nordteil des Landes stattfanden, war, bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 42,63 Prozent, die PDK mit 30,38 Prozent (37 Sitze) als Sieger hervorgegangen. Die aufgrund des Wahlergebnisses notwendige Bildung einer Koalitionsregierung seitens der PDK scheiterte jedoch daran, dass die bisherigen Oppositionsparteien LDK (25,24 Prozent), Vetëvendosje! (13,59 Prozent) und AAK (9,54 Prozent) sowie die aus einer Abspaltung von der PDK entstandene Partei NISMA (5,15 Prozent) bereits vor dem Urnengang eine Zusammenarbeit mit der PDK kategorisch ausgeschlossen hatten und der bisherige Koalitionspartner der PDK, die „Allianz Neues Kosovo“ (AKR) von Behgjet Pacolli, mit 4,67 Prozent den Wiedereinzug in die kosovarische Volksvertretung knapp verpasst hatte.

Zwei Tage nach den Wahlen hatten sich am 10.06.2014 die Parteivorsitzenden der LDK, Isa Mustafa, der AAK, Ramush Haradinaj sowie der Partei NISMA, Fatmir Limaj, auf die Bildung eines gemeinsamen Koalition verständigt, wobei gemäß der getroffenen Vereinbarung Ramush Haradinaj das Amt des Regierungschefs übernehmen sollte. Der bei den Kommunalwahlen vom 03.11.2013 als Bürgermeister von Prishtina abgewählte LDK-Parteichef Isa Mustafa sollte dagegen zunächst zum Parlamentspräsidenten gewählt und nach Ablauf der regulären Amtszeit von Staatspräsidentin Atifete Jahjaga neues Staatsoberhaupt des Kosovo werden. Am 13.06.2014 verständigten sich die drei genannten Parteien unter der Abkürzung LAN auf die Bildung einer gemeinsamen Parlamentsfraktion in der neuen kosovarischen Volksvertretung, die mit 47 Sitzen (LDK: 30, AAK: 11, NISMA: 6) die größte Parlamentsgruppe stellte.

Mit Verweis auf die Bestimmungen der Artikel 95 („Wahl der Regierung“) sowie 84 („Kompetenzen

des Präsidenten“) der kosovarischen Verfassung reklamierte die PDK als stärkste Partei den Auftrag zur Regierungsbildung jedoch für sich, da gemäß der Verfassungsbestimmungen der Auftrag zur Regierungsbildung an die politische Partei oder Koalition ergehen soll, „die die Mehrheit der notwendigen Stimmen für die Bildung der Regierung gewonnen hat“ und nach Ansicht der PDK das LAN-Bündnis der LDK, AAK und NISMA erst nach der Parlamentswahl gebildet werden sei und daher nicht von den betreffenden Verfassungsbestimmungen erfasst werde. Die Rechtsauffassung der PDK wurde schließlich am 30.06.2014 durch ein Urteil des kosovarischen Verfassungsgerichts bestätigt, das, vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen zwischen der PDK und der LAN-Koalition, zuvor am 19.06.2014 von der kosovarischen Präsidentin Atifete Jahjaga angerufen worden war und welches entschied, dass mit politischer Partei oder Koalition nur jene politische Subjekte gemeint seien, die bereits vor dem Wahlgang auch als solche auch registriert worden seien.

(Gemäß den Bestimmungen des Artikels 95, Absatz 4, hat der Staatspräsident im Falle eines Scheiterns der Regierungsbildung innerhalb einer Frist von 15 Tagen sodann innerhalb von zehn Tagen „einen anderen Kandidaten“ mit der Bildung einer Regierung zu betrauen, wobei sich aus der Formulierung jedoch keine zwingende Notwendigkeit ableiten lässt, dass in diesem Fall der Kandidat der zweitstärksten Partei oder Koalition mit der Regierungsbildung zu beauftragen sei, da in Artikel 95 lediglich von einem nicht weiter definierten „anderem Kandidaten“ die Rede ist.)

Am 07.07.2014 setzte die kosovarische Präsidentin die konstituierende Sitzung des neuen Parlamentes für den 17.07.2014 an. Auf der zunächst von Alterspräsidentin Flora Brovina (PDK) geleiteten konstituierenden Sitzung wurde nach längeren Auseinandersetzungen, Sitzungsunterbrechungen und unklarer Beschlussfähigkeit schließlich in Abwesenheit der PDK-Abgeordneten mit 65 Ja-Stimmen und 18 Enthaltungen Isa Mustafa zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Gegen die Wahl des LDK-Vorsitzenden legte die PDK Beschwerde

beim Verfassungsgericht ein, da sich die PDK bei der Wahl des Parlamentspräsidenten in ihren Rechten als stärkste Partei verletzt sah und gemäß den Verfassungsbestimmungen das Amt des Vorsitzenden der Volksvertretung für sich beanspruchte. Am 23.07.2014 suspendierte daraufhin das kosovarische Verfassungsgericht die Wahl von Isa Mustafa zum Parlamentspräsidenten und verfügte am 26.08.2014 per Urteilsverkündung, dass ausschließlich der PDK das Recht zukäme, als stärkste Partei einen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten vorzuschlagen. Konkretere Bestimmungen, wie in dem Fall zu verfahren sei, dass der Kandidat der stärksten Partei wegen fehlender politischer Mehrheiten nicht zum Parlamentspräsidenten gewählt werden kann, enthielt das Urteil jedoch nicht. In den Ausführungen des Verfassungsgerichts war lediglich davon die Rede, dass in diesem Fall die Abgeordneten unter sich eine einvernehmliche Lösung finden sollten.

Am 09.09.2014 wurde schließlich bekannt, dass sich die Bewegung Vetëvendosje! von Albin Kurti mit den Parteien der LAN-Koalition auf den Abschluss einer Übereinkunft geeinigt habe, die, so kosovarische Presseberichte, jedoch ausschließlich im Blick auf die Wiederholung der vom Verfassungsgericht suspendierten konstituierenden Parlamentssitzung gelte. Gemäß der einen Tag später veröffentlichten und insgesamt acht Punkte umfassenden Vereinbarung zwischen Vetëvendosje! und der LAN-Koalition wurde der Bewegung Vetëvendosje! u. a. eine maßgebliche Rolle bei den künftigen Gesprächen mit Serbien zugestanden sowie eine Überprüfung der Privatisierungsvorhaben (KEK und PTK) vereinbart, wobei Punkt Acht des Abkommens regelte, dass die Grundsätze der Übereinkunft auch als Grundlage eines Regierungsprogramms gelten sollten. Ein formaler Beitritt von Vetëvendosje! zur LAN-Koalition erfolgte jedoch nicht, auch wenn sich in der Folge im Blick auf das erweiterte Parteienbündnis die Bezeichnung VLAN durchsetzte.

Eine Beteiligung von Vetëvendosje! an dem Koalitionsbündnis der LAN-Parteien war zuvor an einer Einigung über den am 12.07.2014 von Vetëvendosje! veröffentlichten

„Forderungskatalog“ sowie vor allem aufgrund internationaler Bedenken und entsprechender politischer Interventionen gescheitert, da besonders die USA für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Bewegung Vetëvendosje! negative Auswirkungen auf den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina befürchteten bzw. die Umsetzung der bislang erreichten Vereinbarungen als gefährdet ansahen.

Bereits vor dem Erreichen der politischen Übereinkunft zwischen Vetëvendosje! und den LAN-Parteien hatte am 04.09.2014 Altersparlamentspräsidentin Flora Brovina für den 12.09.2014 eine Wiederholung der suspendierten konstituierenden Parlamentssitzung vom 17.07.2014 angesetzt, die jedoch einen Tag vor dem Sitzungstermin von der PDK-Politikerin aufgrund eines Antrages der „Serbischen Liste“, die im Blick auf die durch das Bündnis von Vetëvendosje! mit der LAN-Koalition aus ihrer Sicht veränderte politische Ausgangssituation mehr Zeit für weitere Konsultationen mit Belgrad benötigte, auf den 18.09.2014 verschoben wurde. Einen Tag vor der verschobenen Parlamentssitzung teilte die politisch maßgeblich von der Regierung in Belgrad unterstützte „Serbische Liste“ schließlich mit, dass die SL die LAN-Koalition im kosovarischen Parlament wegen des eine Woche zuvor mit der Bewegung Vetëvendosje! erzielten Abkommens und der in diesem der Bewegung von Albin Kurti zugestandenen maßgeblichen Rolle bei den künftigen Gesprächen zwischen Prishtina und Belgrad nicht weiter unterstützen könne.

Die Wahl des von der PDK nominierten Politikern und früheren Rektors der Universität Prishtina, Arsim Bajrami, zum neun Parlamentspräsidenten scheiterte erwartungsgemäß am 18.09.2014, da auf den PDK-Spitzenpolitiker (bei 61 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen) lediglich 44 Stimmen entfielen. Trotz der unveränderten politischen Machtverhältnisse im kosovarischen Parlament lud die amtierende PDK-Alterspräsidentin am 23.09.2014 für den 02.10.2014 zu einer erneuten konstituierenden Sitzung der kosovarischen Volksvertretung ein, die wiederum einen Tag vor dem Sitzungstermin von Flora Brovina mit Verweis auf die Bemühungen der kosovarischen

Staatspräsidentin Atifete Jahjaga, in getrennten Gesprächen mit den Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien eine Lösung der festgefahrenen politischen Situation auszuloten und damit zu einer Überwindung der politischen Blockade zu gelangen, auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Als Reaktion auf die Sitzungsabsage verständigten sich die LAN-Parteien sowie Vetëvendosje! schließlich auf die Abhaltung einer Parlamentssitzung am 09.10.2014, an der die Abgeordneten der PDK sowie fast aller Parteien der nationalen Minderheiten nicht teilnahmen und auf der, vor dem Hintergrund des Urteils des kosovarischen Verfassungsgerichts, seitens der Initiatoren (VLAN) auf die Wahl eines Parlamentsvorsitzenden aus den eigenen Reihen verzichtet und stattdessen über Lösungsmöglichkeiten der politischen Blockade diskutiert wurde. Der angesichts der verfahrenen politischen Situation von verschiedenen Seiten und schließlich auch von der PDK ins Spiel gebrachten politischen Option von Neuwahlen (anders als die PDK standen die VLAN-Parteien Neuwahlen eher ablehnend gegenüber, da in diesem Fall besonders die LDK aufgrund des innerparteilich umstrittenen Zusammengehens der LDK mit der AAK im Rahmen der LAN-Koalition Stimmenverluste befürchtete) lagen schließlich vor allem verfassungsrechtliche Fragen und Probleme im Wege, da die Ausschreibung von Neuwahlen durch das Staatsoberhaupt gemäß Artikel 82, Absätze 1, 2 und 3, zuvor die Auflösung des Parlaments voraussetzt, was faktisch wiederum bedingt, dass sich die Volksvertretung zunächst einmal erfolgreich konstituiert hat, was trotz der verschiedenen Anläufe bis Mitte Oktober 2014 nicht erreicht werden konnte.

Als Ausweg aus der politischen Sackgasse verständigten sich die LAN-Parteien sowie die Bewegung Vetëvendosje! am 23.10.2014 schließlich darauf, in Form eines längeren Schreibens die kosovarische Staatspräsidentin Atifete Jahjaga zu bitten, beim kosovarischen Verfassungsgericht um Klarstellung bzw. Erläuterung des Punktes 127 des Urteils vom 26.08.2014 („Abgeordnete sollen sich um eine einvernehmliche Lösung bemühen“) zu ersuchen, um so einen politischen Weg aufge-

zeigt zu bekommen, der die Wahl eines Kandidaten einer anderen Partei zum Parlamentspräsidenten in dem Fall ermöglicht, wenn die Wahl des Kandidaten der stärksten Partei zum Vorsitzenden des Parlaments aufgrund fehlender politischer Mehrheiten scheitert. Das entsprechende Ersuchen der VLAN-Parteien wurde von der kosovarischen Staatspräsidentin jedoch bereits ein Tag später abgelehnt, womit sich auch für das VLAN-Bündnis abzeichnete, dass die Wahl eines Abgeordneten der PDK in Gestalt der stärksten Partei zum Parlamentspräsidenten unumgänglich werden würde.

Anfang November 2014 verdichteten sich schließlich Hinweise, und zwar nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Gerüchten über „Geheimverhandlungen“ zwischen der PDK und LDK mit dem Ziel einer gemeinsamen Regierungsbildung, über ein Auseinanderbrechen des VLAN-Bündnisses. Vor dem Hintergrund der praktisch aussichtslosen Situation, LDK-Parteichef Isa Mustafa, wie zwischen den LAN-Parteien ursprünglich vereinbart, doch noch zum Parlamentspräsidenten wählen zu können, verlangte die LDK erstmals am 05.11.2014 sowie sodann, nach einer Sitzung der Führungsstrukturen der Partei mit sämtlichen Bezirksvorsitzenden der LDK, schließlich offiziell am 07.11.2014 eine Neuausverhandlung der LAN-Koalitionsvereinbarung und reklamierte das Amt des Regierungschefs für Isa Mustafa mit der Begründung, dass der Posten des Ministerpräsidenten der stärksten Partei der LAN-Koalition zustehen müsse, was von der AAK, deren Parteivorsitzender Ramush Haradinaj laut LAN-Abkommen eigentlich den Posten des Regierungschefs übernehmen sollte, umgehend abgelehnt wurde.

In (teils getrennten) Unterredungen mit den LAN-Parteivorsitzenden bat schließlich die kosovarische Staatspräsidentin Atifete Jahjaga am 13.11.2014 die LAN-Koalition (die Bewegung Vetëvendosje! war an den Gesprächen nicht beteiligt), auf das Amt des Vorsitzenden des kosovarischen Parlamentes zu verzichten. Nachdem die LDK noch am 14.11.2014 in einer Pressemitteilung, als Reaktion auf Pressemeldungen, wonach die Partei von Isa Mustafa mit der PDK angeblich eine politische Übereinkunft erzielt habe,

einen politischen Seitenwechsel hin zur PDK noch bestritten hatte, wurde am 19.11.2014, nach einer Sitzung des Generalrates der LDK sowie nach einem Treffen der Parteichefs der LDK, Isa Mustafa, und der PDK, Hashim Thaçi, mit Staatspräsidentin Atifete Jahjaga, an der auch die US-amerikanische Botschafterin im Kosovo, Tracey Ann Jacobson, teilnahm, das Erreichen einer politischen Übereinkunft zwischen der LDK und der PDK über die Bildung einer gemeinsamen Regierung von den beteiligten Seiten bekanntgegeben.

Ausschlaggebend für den politischen Kurswechsel der LDK waren, neben der Einsicht in die Aussichtslosigkeit (aufgrund des Urteils des Verfassungsgerichtes vom 26.08.2014 sowie zuletzt der Weigerung der AAK, den Posten des Regierungschefs LAN-intern an die LDK abzutreten), den eigenen Parteichef auf absehbare Zeit doch noch zum Parlamentsvorsitzenden wählen zu können, vor allem Gespräche der LDK-Führung unter der Leitung von Isa Mustafa in Berlin, wo sich die LDK-Delegation auf Einladung ihrer Schwesterpartei CDU am 13. und 14.11.2014 aufgehalten hatte und wo der LDK laut Medienberichten, ähnlich wie zuvor bereits in Brüssel, die Bildung einer großen Koalition mit der PDK nahegelegt worden war.

Nachdem bereits am 25.11.2014 LDK-Parteichef Isa Mustafa bekanntgegeben hatte, dass er als Ministerpräsident der neuen LDK-PDK-Koalitionsregierung vorstehen werde, bestätigte schließlich einige Tage später als erster PDK-Politiker auch der bisherige Vizeaußenminister Petrit Selimi, dass Isa Mustafa das Amt des Regierungschefs und der bisherige kosovarische Ministerpräsident und PDK-Vorsitzende Hashim Thaçi die Funktion des Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten und die des Außenministers übernehmen werde.

Auf der konstituierenden Parlamentssitzung wurde am 08.12.2014 schließlich der frühere Chef der PDK-parteeigenen Geheimdienste, Kadri Veseli, mit 71 Stimmen, bei 42 Gegenstimmen und einer Enthaltung, zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt.

Sadri Ramabaja
Prishtina



„NUK KA AZIL“ lautet in großen Lettern die Überschrift einer ganzseitigen Anzeige, die wiederholt im Winter 2014/15 in der größten Tageszeitung des Kosovo - Koha Ditore - geschaltet wurde. Gleichlautende große Plakate prangen am zentralen Busbahnhof der kosovarischen Hauptstadt Prishtina. Sinngemäß übersetzt versucht so die Botschaft Österreichs der Bevölkerung des Kosovo klar zu machen: „Es gibt kein Asyl.“

Ermahnungen deutscher Politiker gehen in die gleiche Richtung. Die bayerische Europaministerin Beate Merk besuchte das Kosovo zwei Mal innerhalb weniger Wochen im Februar und März 2015: „Über das Asylrecht führt kein Weg nach Deutschland“, ließ sie durch deutsche und kosovarische TV-Sender verbreiten. Der Präsident der deutschen Bundes-

polizei, Dieter Romann, rät den Kosovaren, „Verkauft nicht Haus und Hof, um das Geld Schleusern zu geben.“ Auch der baden-württembergische Europaminister Peter Friedrich und seine Kabinettskollegin Silke Krebs flogen ins Kosovo. Eindringlich warnt Friedrich bei einem Besuch der Stadt Ferizaj die Kosovaren, sie „... werden ärmer wiederkommen, als sie gegangen sind.“

Tausende fliehen – Politik ist überfordert

Der Grund für diese Betriebsamkeit: Bis zu 100.000 Menschen sollen in der Zeit von November 2014 bis März 2015 aus der Republik Kosovo geflohen sein. Eine sehr hohe Zahl für ein Land mit gut 1,8 Millionen Einwohnern. Und ein überaus starker, plötzlicher Anstieg im Vergleich zu

den Vormonaten und -jahren. Die größte Flüchtlingsbewegung seit Kriegsende im Jahr 1999. In der kosovarischen und internationalen Öffentlichkeit macht ein Wort die Runde: „Exodus“.

Deutsche Regierungsvertreter, Diplomaten und Entwicklungshelfer stehen der gegenwärtigen Massenmigration scheinbar hilflos gegenüber. CSU-Politiker erwägen, das Kosovo als „sicheres Herkunftsland“ zu definieren und Asylverfahren für Kosovaren auf zwei Wochen zu verkürzen. Deutsche Bundespolizisten patrouillieren an der serbisch-ungarischen Grenze zur EU. Die bayerische Staatskanzlei denkt offen darüber nach, Asylbewerbern aus dem Kosovo statt Verpflegungsgeld Essenspakete auszuhändigen. Eine Gängelung, durch die der Eindruck vermieden werden sollte, es gäbe ‚Begrüßungsgeld‘ in Deutschland. Schon zuvor sickerte in der deutschen Tagespresse eine brisante Forderung der Deutschen Botschaft im Kosovo durch: Der erwarteten „Asyl-Lawine“ sollte mit „medienwirksamen Massenschiebungen“ begegnet werden.

Während nach dem Krieg überwiegend Minderheiten der Serben und Roma das Land verließen, fliehen jetzt vor allem Teile der albanischen Bevölkerung, die mit 90 % den größten Anteil der Einwohner des Landes ausmacht. Weit mehr als 30.000 dieser Flüchtlinge fanden bis zum Ende des ersten Quartals 2015 den Weg nach Deutschland. Über 23.000 Asylanträge von Kosovaren wurden bis dahin in diesem Jahr gestellt. Alleine im März 2015 wurden fast 12.000 Anträge eingereicht, auch wenn die Aussicht, Asyl gewährt zu bekommen, kaum besteht. In Deutschland und der EU ist wirtschaftliche Not kein Grund, Asyl zu erhalten.

Mittlerweile sei laut deutschem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Anzahl der neu eintreffenden Zuwanderer aus dem Kosovo wieder „deutlich gesunken“: „Kamen Anfang Februar noch rund 1.400 Menschen pro Tag nach Deutschland, sind es gegenwärtig in der Regel zwischen 100 und 200.“ Möglicherweise steht dies im Zusammenhang mit den genannten abschreckenden und schnelleren

Verfahren - sowie der entsprechenden Berichterstattung. Dennoch deutet sich ein weiteres Migrationspotential an: 60.000 albanische Kosovaren haben bis Anfang Februar einen serbischen Pass beantragt. Aus ‚offizieller‘ serbischer Sicht sind alle Kosovaren nach wie vor serbische Staatsbürger. Denen könne die Registrierung eines Wohnorts außerhalb des Kosovo, auf serbischem Staatsgebiet nicht verweigert werden: z.B. in der mehrheitlich von ethnischen Albanern bewohnten Region Presheva im Süden Serbiens. Von dort aus ist dann ein Reisepass erhältlich, der es erlaubt, ohne Visum in die EU zu kommen.

Große Armut, wenig Arbeit

Die Gründe, warum Kosovaren aus ihrem Land fliehen, sind vielfältig: Die wichtigste Flucht-Ursache ist die sehr schlechte ökonomische Situation des Landes. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) „pro Kopf“ des Kosovo liegt mit 2.900 Euro im Jahr weit unterhalb des ärmsten EU Landes Bulgariens, mit einem BIP von 5.600 Euro pro Kopf (zum Vergleich: EU 25.700 Euro, Deutschland 33.300 Euro). Mehr als 30 % der Kosovaren leben in Armut – mit einem verfügbaren Einkommen von unter 1,50 Euro pro Tag. Gut 10 % der Einwohner des Landes leben in sog. extremer Armut und müssen mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen.

Die Arbeitslosigkeit wird vom statistischen Büro des Kosovo zwischen 27 % (Arbeitsmarkt-Bericht) und 35 % (Internetseite) angegeben. Die Angaben des statistischen Büros sind nach vielerlei methodischer Anpassungen umstritten: Werden stattdessen die Zahlen des kosovarischen Arbeitsministeriums zugrunde gelegt, ist von einer Arbeitslosenquote von über 40 % auszugehen. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt demnach etwa 60 %. Aussagekräftiger und unbestrittener ist das Verhältnis der Beschäftigten zur Gesamtbevölkerung, das sich seit Jahren - grob betrachtet - stabil unterhalb von 20 % bewegt (zum Vergleich: In Deutschland sind 52 % der Gesamtbevölkerung erwerbstätig). D.h. nicht einmal jeder fünfte Kosovare ist - im ökonomischen Sinne - beschäftigt. Und von denen, die

beschäftigt sind, ist ein großer Anteil unterbeschäftigt, unbezahlt oder prekär beschäftigt.

Jobs nur mit Beziehungen

Als frustrierend wird weiterhin die starke Segregation des Arbeitsmarktes empfunden. Für das Kosovo bedeutet das – vereinfacht gesagt - eine schwer überwindbare Aufteilung in „Insider“ und „Outsider“. Das wird insbesondere bei einer Anstellung im nicht unbedeutenden öffentlichen Sektor des Kosovo deutlich, in dem über 81.000 Menschen arbeiten. Hier kommt es weniger auf die berufliche Qualifikation für die zu besetzende Stelle an. Vielmehr ist es erforderlich die richtigen Personen zu kennen, aus der engeren Familie, der Partei oder parteinaher Organisationen, sowie mit Abstufungen, dem Freundeskreis und der Nachbarschaft. Zumindest muss die eingestellte Person ihrem Förderer von Nutzen sein, Ansehen steigern, Gefälligkeiten erwarten lassen – oder andere Vorteile hervorbringen.

Ähnlich strukturiert scheint auch die Vergabe öffentlicher Aufträge auf Gemeinde- und Staatsebene zu funktionieren. Dadurch werden die Mechanismen des öffentlichen Sektors auf die Privatwirtschaft übertragen. Mit anderen Worten: Korruption und Nepotismus behindern die Entwicklung einer mittelständischen Wirtschaft und die Bereitschaft ausländischer Investoren sich im Land zu engagieren. Unsicherheit über politische und administrative Rahmenbedingungen verstärken diesen Effekt. Ein infolge extrem hohes Außenhandelsdefizit von nahezu 50 % des kosovarischen BIP festigt die prekäre Armuts- und Arbeitsmarktsituation. Zugleich manifestiert dieser Zustand die Abhängigkeit von Zuwendungen aus dem Ausland. 14 % des kosovarischen BIP wird durch die kosovarische Diaspora erbracht. Hinzu kommen Geldleistungen von internationalen „Gebern“, dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU und finanzstarken Ländern.

Wirtschaftspolitik gescheitert

Dabei sind die internationalen Organisationen und Geberländer nicht unschuldig an der ökonomischen

„Schieflage“. Die wirtschaftliche Misere des Kosovo hält seit 15 Jahren an. Und auch vor Kriegsende war das Kosovo die wirtschaftlich schwächste bzw. am stärksten benachteiligte Region im ehemaligen Jugoslawien. Die Wirtschaftskraft des Kosovo betrug in den 1980er Jahren nur 26 % des jugoslawischen Durchschnitts. Ungeachtet dessen wurden die verschiedenen kosovarischen Regierungen durch den IWF und die Geberländer seit 1999 zu einer zweifelhaften, neoliberalen Austeritäts- und Privatisierungspolitik verpflichtet. Im Verlauf der Privatisierungen gingen schätzungsweise mehr als 75.000 Arbeitsplätze verloren. Die „Internationale Organisation für Migration“ (IOM) lobt, Kosovo habe „eine der liberalsten Handelsordnungen weltweit“. Zugleich bemerkt IOM, „Armut ist aber weit verbreitet“. Und: „Diese Zustände wurden durch einen Preisanstieg bei Gütern des täglichen Bedarfs wie Brot, Getreide, Speiseöl, Fett und Gemüse ... verstärkt.“ Ein Zusammenhang wird hier nicht gesehen. Die gefestigte sehr hohe Arbeitslosigkeit und das Außenhandelsdefizit sollen durch die Mechanismen einer möglichst „reinen“ Marktwirtschaft bekämpft werden. Ein Dogma, dem sich die westlichen Länder angesichts eigener volkswirtschaftlicher Probleme selbst nicht verpflichtet fühlten.

Beeinträchtigt wird die wirtschaftliche Entwicklung auch durch die Verantwortlichen Serbiens. Wo immer die Möglichkeit besteht, versuchen dessen Politiker den Beitritt des Kosovo zu europäischen und internationalen Abkommen zu verhindern. Im Rahmen des „Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens“ (CEFTA) wurde Serbien des Öfteren vorgehalten, den Transit und die Einfuhr kosovarischer Exporte zu blockieren.

Soziale Folgen

Was bleibt, sind die aus der wirtschaftlichen Lage folgenden sozialen Probleme: Einem durchschnittlichen Monatslohn von 250-300 Euro stehen relativ hohe Kosten entgegen. Lebensmittel werden zumeist importiert und sind deshalb oft merklich teurer als z.B. in Deutschland. Arme

und Arbeitslose werden sich selbst überlassen. Knapp 30.000 Familien mit durchschnittlich 6 Angehörigen erhalten Sozialhilfe in Höhe von 60 bis 110 Euro pro Monat. Rentner erhalten eine Basis-Pension von 70 bis 140 Euro monatlich. Wenige erhalten mehr: In offiziellen Arbeitsverhältnissen werden Rentenbeiträge von 10 % abgeführt. Die Pensionskasse funktioniert, nach anglo-amerikanischem Vorbild, kapitalbasiert. Die Einzahlungen werden auf dem Kapitalmarkt angelegt. Hierbei kam es zu erheblichen Verlusten. Vorherige Einzahlungen in das jugoslawische bzw. serbische Rentensystem gelten ebenfalls als verloren.

Das Bildungssystem hat zwar v.a. im Elementarschulbereich Fortschritte gemacht: Der Schulbesuch erfolgt jedoch noch immer im Schichtsystem, in oft unbeheizten Klassenräumen. Einige Lehrkräfte öffentlicher Schulen weisen ihre Schüler auf die Möglichkeit hin, für Nachhilfunterricht zu bezahlen, um die Noten – und das Salär der Lehrkraft – zu verbessern! Finanziell „leistungskräftige“ Eltern schicken ihre Kinder bevorzugt in teure Privatschulen. Auch im Gesundheitswesen zeigt sich die starke soziale Polarisierung des Landes. Wer arm ist im Kosovo und ohne „Beziehungen“, sollte nicht krank werden – oder bleibt krank. Die Qualität, Hygiene und Ausstattung öffentlicher Gesundheitseinrichtungen befindet sich unterhalb einer gedachten Skala von gut bis schlecht. „Besser gestellte“ Privat-Zahler hingegen, erfahren eine zuvorkommende Behandlung in vielen medizinischen Fachgebieten privater Kliniken – oder fliegen zur Genesung ins Ausland.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Strom- und Wasserversorgung. Regelmäßige, zum Teil stundenlange Ausfälle gehören immer noch zum kosovarischen Alltag. Tatsächlich trifft dies v.a. ärmere Familien, die sich den Einbau eines großen Wassertanks bzw. die Beschaffung und den Betrieb eines leistungsstarken Generators nicht leisten können. Weltbank und Europäische Bank für Wiederaufbau (EBRD) benen-

nen in einer aktuellen Studie die unzuverlässige Energieversorgung zugleich als ein wesentliches Investitionshindernis.

Kein Vertrauen in die Justiz

Beklemmend kann auch die Begegnung mit Justiz und Polizei sein. Rechtsansprüche sind schwer durchsetzbar im Kosovo. Hunderte Gerichtsverfahren sind anhängig. Kommt es zu Gerichtsurteilen, werden sie nicht oder schleppend um- oder durchgesetzt. Auch hier sind Beziehungen nötig. Gesetzesvertretern auf allen Ebenen wird regelmäßig vorgeworfen, in kleinere oder größere Vergehen verwickelt zu sein. Ein Beispiel der Symptomatik zur Anschauung: Ausgerechnet der frühere Leiter der Antikorruptionsbehörde des Kosovo, N. Mustafi, wurde selbst wegen Korruption zu Geld- und Gefängnisstrafe verurteilt. Seine Aufgabe als Staatsanwalt war es, korrupte Staatsdiener und Geschäftsleute vor Gericht zu bringen: Stattdessen erbot er sich, gegen Geldzahlungen im „fünf-stelligen Bereich“, die Ermittlungen einzustellen.

Doch damit nicht genug: Eine anonyme Anzeige ging bereits im Jahr 2008 bei der kosovarischen Polizei ein. Die sog. EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo, genannt EULEX, übernahm den Fall. EULEX wird mit jährlich über 80 Millionen Euro durch die EU finanziert. Sie stellt Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Denen ist es mit weitreichenden Befugnissen erlaubt, in das Justizsystem des Kosovo einzugreifen. Trotz allem erfolgte die Verurteilung Mustafis erst 2013, und erst nach intensivem Druck durch die Medien.

Ein aktueller Fall könnte als Aprilscherz vermutet werden: Während die EULEX-Polizei versucht einen gewissen Shaban S. festzunehmen, sitzt der bereits seine Strafe in der kosovarischen Haftanstalt Dubrava ab. Der Gefängnisdirektor habe den Richter darüber nicht informiert, beklagte sich eine EULEX Sprecherin. So wenig die kosovarische Justiz ihrer Aufgabe gewachsen

scheint, Recht zu sprechen, so gering ist das Vertrauen in ihre internationalen Helfer: Bevormundung einerseits, Untätigkeit und Unterlassung andererseits. Das sind in der kosovarischen Öffentlichkeit die Attribute derjenigen, die einst entsandt wurden, um die Justiz im Kosovo zu stärken.

Isolation

Wirtschaft, Politik, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Justiz liegen im Argen. Die Krönung der Frustration ist im Empfinden vieler Kosovaren allerdings ihre Behandlung durch die Europäische Union und die Schengen-Staaten. Den Bewohnern aller Nachbarstaaten des Kosovo ist als Touristen die visafreie Einreise in die EU ermöglicht worden. Einzig den Einwohnern des Kosovo bleibt dies verwehrt. Nach einer langen Zeit eines Systems der Apartheid, der Diskriminierung und Herabwürdigung unter serbischer Vorherrschaft, fühlen sich viele Kosovaren zum zweiten Mal bestraft: Und das im Grunde für den Wunsch, vor dem Hintergrund ihrer jüngeren Geschichte endlich ihre staatliche Unabhängigkeit herbeizuführen.

Nachdem einige Staaten des ehemaligen Jugoslawiens bereits Mitglieder der EU sind, anderen zumindest die Einreise in die EU erlaubt wurde, werden die Kosovaren isoliert und als Menschen dritter Klasse behandelt. „Zurück zu den Serben“ wolle man „auf gar keinen Fall, aber jetzt brauchst du als Kosovare schon für den Besuch der Toilette ein Visum“, kommentiert resigniert und sarkastisch der Besucher eines Cafés in der Stadt Gjakova. Oppositionelle Abgeordnete kritisieren, dass ein Teil dieser Probleme ‚hausgemacht seien‘: Die Regierung habe es verpasst, die Bedingungen für eine Visa-Liberalisierung zu erfüllen und entsprechende Gesetze zu verabschieden: Nicht abschließend geklärt seien u.a. Regulierungen und Abkommen bezüglich der Rückführung von Flüchtlingen, der polizeilichen Zusammenarbeit und der Grenz-Kontrolle.

Warum gerade jetzt?

Die soziale und ökonomische Lage im Kosovo gilt seit langem als unverändert schlecht. Die Frage bleibt daher, warum gerade jetzt so viele Kosovaren ihr Land verlassen. Die Antworten darauf sind ein Mosaik an Spekulationen. Gesprächspartner halten sich hierzu öffentlich bedeckt – sowohl aus Regierungskreisen, als auch aus der Opposition. Die sechs Monate andauernde Suche nach einer neuen Regierung des Kosovo, mag das Gefühl der Perspektivlosigkeit vieler Kosovaren verstärkt haben. Zumal die jetzigen neuen Partner der Regierungskoalition kaum auf eine gemeinsame, konstruktive Kraftanstrengung für das Land hoffen lassen: Die LDK des verstorbenen ersten Präsidenten des Kosovo, Ibrahim Rugova, und die PDK des früheren UÇK-Führers und ehemaligen Ministerpräsidenten Hasim Thaçi, sind für eine starke gegenseitige Abneigung ihrer Mitglieder und Funktionäre bekannt.

Konkretere Gründe für die plötzlich stark angestiegenen Migrationszahlen werden als Gerüchte weitergetragen: Es gäbe „Begrüßungsgeld“ in Deutschland, und man würde schnell eine Arbeitserlaubnis bekommen, verbreiteten angeblich Ausgereiste z.B. über lokale Radiosender. Ein an der ungarischen Grenze aufgehaltener Kosovare beschwerte sich bei „Radio Dukagjini“ über seinen gescheiterten Versuch: Er habe von Mitarbeitern der kosovarischen Regierung erfahren, dass „jetzt die Chance gut ist, leicht in die EU und nach Deutschland zu kommen“. Insgesamt habe eine von Gerüchten genährte Hysterie um sich gegriffen, die bei vielen zur Ausreise führte, vermuten Politiker und Publizisten des Kosovo.

Von serbischer Seite, etwa dem serbischen Flüchtlingskommissar Vladimir Cucić, wird öffentlich behauptet, die gegenwärtige Massenmigration werde durch die kosovarische Regierung gefördert. Das Ziel sei, Druck auf die EU auszuüben, einer Visa-Liberalisierung für Kosovaren zuzustimmen. Indirekt wolle man damit auch Serbien zwingen, die

Unabhängigkeit der Republik Kosovo anzuerkennen. Dem entgegen beschuldigen kosovarische Politiker Serbien, die Ausreise von Albanern aus dem Kosovo „anzuheizen“. Teile der serbischen politischen Klasse scheinen diese Vermutung mit Äußerungen zu untermauern: Vojislav Šešelj, nationalistischer Vorsitzender der „Serbischen Radikalen Partei“ (SRS), forderte die serbische Regierung und Grenzpolizei auf, die Grenzen offen zu lassen. Je mehr Albaner das Land verließen, hofft Šešelj, desto einfacher die Rückgewinnung des Kosovo für Serbien.

Kosovarisch-serbisches Abkommen

Tatsache ist, die Regierungen des Kosovo und Serbiens haben ein Abkommen geschlossen, welches die Reisefreiheit ihrer Bevölkerung im jeweils anderen Land gewährleistet. Die EU hat eine derartige Vereinbarung vehement gefordert. Jetzt können die Einwohner Kosovos problemlos nach Serbien reisen – mit kosovarischen Pässen und Ausweisen, ohne über serbische Dokumente verfügen zu müssen. Gleichzeitig wird von erheblich gesunkenen Preisen berichtet: Der Grenzübertritt von Serbien in das Schengen-Land Ungarn koste „ab 200 Euro“. Man könne auch „per Taxi für 30 Euro an die Grenze“ fahren, und sich „selbst durchschlagen“. „Ab und zu“ nähmen serbische Polizisten den Flüchtlingen „100 Euro pro Person“ ab, um sie dann weiterziehen zu lassen. „Bei Preisen von 300 oder 500 Euro bis nach Deutschland, ist es nicht abwegig zu vermuten, dass diese Reisen ‚organisiert‘ verlaufen“, so ein kosovarischer Abgeordneter der Regierungspartei LDK. Unterschiedlichste Preise und Varianten werden genannt, bis zu 800 oder 900 Euro. Der allgemeine Tenor: „Es war nie leichter und billiger, das Kosovo über Serbien zu verlassen“.

Die Reise beginnt (bzw. begann) dann von Prishtina aus, mit bis zu „zehn Reisebussen täglich“. Zusätzlich verließ zeitweilig eine ähnlich hohe Anzahl von Autobussen und kosovarischen Reisenden das an Kosovo grenzende Presheva-Tal in Süd-

serbien. Fahrziel sind die serbischen Orte Subotica oder Palić, unweit der serbisch-ungarischen Grenze. Die sei an dieser Stelle kaum gesichert und ohne Grenzzaun, bemängelten ungarische Kommunalbeamte gegenüber Vertretern der deutschen Presse. In Ungarn angekommen, versuchen die Flüchtlinge den 10 Kilometer von der Grenze entfernten Ort Asotthalom oder die Kreisstadt Szegeed zu erreichen. Von dort geht es nach Budapest und ggf. weiter über Österreich oder Tschechien nach Deutschland.

Perspektive Europa

Auch wenn das deutsche BAMF künftig weniger kosovarische Flüchtlinge erwartet, und nur wenige Kosovaren Asyl erhalten können – die Problemursache bleibt bestehen: Die Bevölkerung des Kosovo ist jung, arm und isoliert. 30.000 Kosovaren erreichen pro Jahr das arbeitsfähige Alter. Viele davon streben auf den langfristig überlasteten kosovarischen Arbeitsmarkt. Die direkten Nachbarn des Kosovo bieten hierbei keinen Ausweg. Und ein EU Beitritt ist in den kommenden Jahrzehnten nicht realistisch.

Ein erster hilfreicher Schritt wäre darum der schnellst-mögliche Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU, zur Förderung der kosovarischen Wirtschaft und Infrastruktur. Erforderlich zudem ist die kurzfristige Gleichstellung der Kosovaren mit den Einwohnern der weiteren Länder des Balkans: D.h. unmittelbar den visafreien Zugang in den Schengen-Raum zu gestatten. Das fordert neben Ulrike Lunacek, der Vize-Präsidentin und Kosovo-Berichterstatteerin des EU-Parlaments, auch dessen „auswärtiger Ausschuss“.

Doch Touristen-Visa reichen nicht aus, möchte man nicht die üblichen Vorurteile über „Schwarzarbeit“ fördern. Weitere Schritte sind notwendig, um eine spürbare Entlastung des Kosovo zu unterstützen: Kaum ein Land Europas verfügt über eine derart hohe Anzahl von Einwohnern mit guten Deutschkenntnissen. In der Bevölkerung des Kosovo herrscht

fast ausnahmslos ein sehr positives „Deutschlandbild“. Kosovo und Deutschland weisen eine entgegengesetzte „demographische Pyramide“ auf: Mehr legale Möglichkeiten, zumindest für eine temporäre Migration, in den Bereichen Ausbildung, Studium und Arbeit, wären daher nicht nur eine Perspektive für Kosovaren, sondern auch eine Chance für Deutschland.

Julius Krause

Hamburg

Foto: **Artana Koshi**, Hamburg

Julius Krause ist seit 1999 regelmäßig für und im Kosovo aktiv. Bis 2011 lebte er in Prishtina, der Hauptstadt der Republik Kosovo. Von 2003 bis 2013 arbeitete er als Berater für verschiedene kosovarische Ministerien und Institutionen, u.a. dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Ministerium für Kultur, Jugend und Sport des Kosovo.

Relevante Informationsquellen:

- Agjencia e statistikave të Kosovës (ASK), Buletini tremujor Tetor 2014
- ASK, Vjetari Statistikor i Republikës së Kosovës 2014
- ASK, Kosova në shifra 2013
- ASK, Rezultatet e anketës së fuqisë punëtore 2013 në Kosovë
- ASK, Rezultatet e anketës së fuqisë punëtore 2012 në Kosovë
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): <http://www.bamf.de>
- BAMF, Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe März 2015
- BAMF, Asylgeschäftsstatistik für den Monat März 2015
- BAMF, Entscheiderbrief,
- Informations-Schnelldienst 3/2015
- BAMF/IOM, Länderinformationsblatt Kosovo, 2013
- Deutsche Botschaft im Kosovo: <http://www.pristina.diplo.de>
- European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Transition Report 2014
- Kosova-Aktuell: <http://kosova-aktuell.de/>
- Kosovo Info Links: <https://kosnews.wordpress.com/>
- Ministria e Punës dhe Mirëqenies Sociale (të Kosovës), Raporti Vjetor Puna dhe Punesimi 2013
- Republik Kosovo offizielles Internet Portal: <http://www.rks-gov.net/>
- UNDP Kosovo, Raporti i Zhvillimit Njerëzor në Kosovë 2014

Flucht vom Westbalkan

Voraussetzungen

Alle Balkanstaaten sind traditionell Emigrationsländer. Im Mittelpunkt stand dabei immer die wirtschaftliche Auswanderung (kurbet), aber auch die Flucht vor ethnischer und politischer Verfolgung. Titos Jugoslawien förderte die Arbeitsemigration nach West- und Mitteleuropa, an der die Albaner aus Kosovo, Makedonien, Südserbien und Montenegro besonders intensiv teilnahmen. Das kommunistische System in Albanien unterband hingegen jede Auswanderung und stellte Republikflucht unter strenge Strafen für die ganze Familie. 1990 begann mit der Flucht über die westlichen Botschaften ein Massenexodus, der sich abgeschwächt hat, aber bis heute anhält (Julie Vullnetari: Albania on the Move. Links between Internal and International Migration. Amsterdam 2012). Das führt bei Wahlen zu der kuriosen Situation, dass die Zahl der wahlberechtigten Albaner die der Wohnbevölkerung übersteigt, weil viele ihren Dauerwohnsitz im Ausland haben, wo sie nicht abstimmen können.

Auch die Modalitäten der Emigration sind im Wandel: Auswanderung ist nicht unbedingt eine Entscheidung fürs ganze Leben und auch nicht unbedingt ein einmaliger Prozess (Daniel Göler, Dhimitër Doka: ReEMigration in Albanien – Von der Emigration zur Remigration und vice versa?, in: Südosteuropa-Mitteilungen. 55 (2015) 1, S. 22-31). Emigration ist einerseits brain drain, wenn qualifizierte Kräfte dem heimischen Arbeitsmarkt entzogen werden, andererseits sind die Remissen (Überweisungen von Emigranten an ihre Angehörigen) nicht nur für die Familien überlebenswichtig, sondern auch volkswirtschaftlich ein unverzichtbarer Faktor (Julie Vullnetari, Russell King: Remittances, gender and development. Albania's society and economy in transition. London, New York 2011).

Plötzliche Fluchtwellen

Zu Beginn des Jahres 2015 berichteten die Medien über sprunghaft ansteigende Flüchtlingszahlen nach Deutschland und in andere Länder West- und Mitteleuropas. Das eine Herkunftsgebiet war erwartbar: die Bürgerkriege und islamistischer Terror in Syrien, dem Irak, anderen arabischen Ländern, in Afghanistan und afrikanischen Ländern wie Somalia und Eritrea treibt Menschen zur Flucht. Das andere verwunderte schon eher, weil plötzlich der westliche Balkan im Fokus stand.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (www.bamf.de) hat dazu folgende Zahlen veröffentlicht:

Aufwuchs der Asylanträge in Deutschland nach südosteuropäischem Herkunftsland

Herkunftsland	2014 insgesamt	Jan. 2015	Feb. 2015	März 2015	April 2015
Kosovo	6.908	3.034	9.942	21.105	25.427
Albanien	7.865	1.598	3.342	6.311	11.053
Serbien	17.172	2.042	3.935	5.672	7.175
Makedonien	5.614	540	1.758	1.852	2.486
Bosnien	5.705	k.A.	815	1.221	1.711

Achtung: Die Monatszahlen für 2015 verstehen sich als Aufwuchs, nicht als additiv. Es werden nur Erstanträge, keine Folgeanträge, aufgeführt.

Aus Kosovo kamen also innerhalb des ersten Drittels des Jahres 2015 368 % der Asylbewerberzahl des gesamten Jahres 2014 in Deutschland. Aus Albanien waren es 140 % der Gesamtzahl aus 2014. Zum Vergleich: Zwischen Januar und April 2015 stellten 19.412 Syrer, 4.374 Afghanen und 4.552 Iraker einen Asylantrag bei uns.

2014 erhielten 43 (0,2 %) der Antragsteller aus Serbien eine Anerkennung als Asylberechtigter, eine Aufenthaltsgenehmigung oder zumindest einen Abschiebeschutz, 77 (2,2 %) derer aus Albanien, 40 (1,1 %) derer aus Kosovo, 22 (0,3 %) derer aus Makedonien und 17 (0,3 %) aus Bosnien-Herzegovina (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/broschuere-bundesamt-in-zahlen-2014-asyl.pdf?_blob=publicationFile, S. 38). Im ersten Quartal 2015 sind diese Anteile noch weiter zurückgegangen: Serbien 0,0 %, Kosovo 0,2 %, Albanien 1,0 %, Makedonien 0,5 %, Bosnien 0,2 %.

Die Zahlen zeigen, dass der Westbalkan insgesamt von einer neuen Fluchtwelle heimgesucht wird, wobei Kosovo als ärmstes Land der Region zunächst am stärksten betroffen war (zur dortigen Situation s. den Beitrag von Julius Krause in dieser Ausgabe), dann von Albanien abgelöst wurde. Ein Ansteigen der Emigration aus Makedonien, besonders aus dem albanisch besiedelten Westen, ist wegen der dortigen schweren Krise sicher zu erwarten.

Im April ebte die Fluchtwelle aus Kosovo auf unter 100 pro Tag ab, aber die aus Albanien nicht. Insgesamt wurden in diesem Monat 24.504 Erstanträge beim Bundesamt verzeichnet, davon 48,5 % aus den Westbalkanländern. Albanien nahm mit 4.743 Erstanträgen jetzt Platz 1 ein, gegenüber „nur“ noch 4.319 aus Kosovo.

Die Haltung der Bundesbehörden und der Politik

Der Leiter des Bundesamtes, Manfred Schmidt, gab der Süddeutschen Zeitung am 27.4.2015 ein Interview (<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylpolitik-es-gibt-nicht-die-eine-loesung-1.2452953>), in dem er die Fluchtwellen vom Balkan zum Kernproblem erklärte, weil hier zehntausende Menschen kämen, von denen nur 0,1-0,2 % einen Schutzstatus (Asyl, Aufenthalts-

genehmigung, Abschiebeschutz) erhielten. Das aber erschwere die Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen, die parallelen Flüchtlingsströme aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika unterzubringen.

Schmidt riet dazu, auch Kosovo und Albanien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, weil dies bei Serbien und Makedonien immerhin zum Stagnieren der Flüchtlingszahlen geführt habe. Während 2014 noch die diskriminierten Minderheiten, besonders die Roma, nach Deutschland gekommen seien, sei inzwischen der Mittelstand unterwegs, der etwas von Fachkräftemangel in Deutschland gehört habe. Arbeitssimmigration sei aber durch das Asylrecht nicht abgedeckt. Diese Menschen müssten eben aus ihrer Heimat heraus nach Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland suchen. Sie seien über die rechtliche Lage in Deutschland nicht informiert und würden so Opfer von Schleppern und Schleusern, die ihnen mit unrealistischen Versprechungen das letzte Geld abnähmen. Schmidt wies auf ein besonderes Problem im Zusammenhang mit Albanien hin: der Blutrache. Denn nach deutschem Asylrecht kann auch nichtstaatliche Verfolgung eine Anerkennung als Flüchtling begründen. Das Bundesamt hat dazu im April 2014 ein Dossier erstellt (http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Herkunftslaenderinformationen/albanien-blickpunkt-2014-10.pdf?_blob=publicationFile). Das Amt stellt darin fest, dass zahlreiche NGOs in Albanien Bescheinigungen über eine Gefährdung durch Blutrache ausstellen, ohne dazu autorisiert zu sein. Diese Bescheinigungen entsprächen manchmal den Tatsachen, gehörten aber in vielen Fällen zu einem System der „Blutrache-Industrie“ und würden gegen Geldzahlungen ausgestellt.

In der Konsequenz heißt das, dass auch weiterhin Albanerinnen und Albaner keine großen Aussichten auf einen Schutzstatus haben. Unter den wenigen Ausnahmen

befinden sich nach Angaben von Verfahrensteilnehmern junge Frauen aus patriarchalischen Familien mit unehelichen Kindern, für die die reale Gefahr besteht. Es gibt nur verschwindend wenige Plätze in Frauenhäusern oder anderen vertraulich arbeitenden Einrichtungen und auch keine sonstigen innerstaatlichen Fluchtmöglichkeiten.

Am 7. Mai prognostizierte das Bundesamt eine Verdopplung der Flüchtlingszahlen für 2015 auf 400.000 Erstfälle; noch im Februar war es von 300.000 ausgegangen (dpa-Meldung 7.5.2015). Am 12.5. traf sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände. Vereinbart wurden beschleunigte Verfahren bereits in der Erstaufnahme-Einrichtung, die nach wenigen Wochen zu einer Abschiebung führen könnten. Ein Bericht von Ani Ruci für die Deutsche Welle über das Dorf Shishtavec bei Kukës vom 27.4.2015 (<http://www.dw.de/shishtavec-dhe-eksod-nga-shqip%C3%ABria-drejt-gjermanis%C3%AB/a-18411375>) deutet darauf hin, dass es weiterhin in erster Linie die Menschen in der strukturschwachen Peripherie ist, die aus ökonomischen Gründen das Land verlassen wollen und weiterhin für die Parolen der Schleuser empfänglich sind, in Deutschland gebe es so etwas wie Wirtschaftsasyl. Sie sehen keine Entwicklungsperspektive mehr für ihre Heimatregion. Die Hoffnungen auf Tourismus – in den letzten 25 Jahren das magische Wort – sind unrealistisch. Die meisten dieser Orte sind kaum erreichbar, und es fehlt an Kapital, um Infrastrukturen zu schaffen, die den Erwartungen westlicher Reisender auch nur annähernd entsprechen.

Ende April fand in Tirana und Shkodra eine Polizeiaktion gegen eine Schleuserorganisation statt, bei der eine Fälscherwerkstatt für biometrische Pässe ausgehoben und mehrere Personen festgenommen wurden. Nach Medienberichten wurden den Ausreisewilligen 5.000 € für EU-Länder und bis

zu 20.000 € für die USA und Kanada abgenommen – Tarife, die nur für wirtschaftlich gut situierte Albaner überhaupt in Betracht kommen (<http://www.ata.gov.al/operacioni-emigracioni-i-paligjshem-goditet-nje-grup-i-strukturuar-kriminal-arrestohen-5-persona-258476.html>).

Die Haltung der albanischen Regierung

Die albanische Regierung hat gemeinsam mit dem deutschen Botschafter davor gewarnt, auf Lügen von einem Recht auf Wirtschaftsasyl in Deutschland hereinzufallen. Sie hat natürlich nicht die Option, die Grenzen des Landes zu schließen, erst recht nicht unmittelbar vor der Kommunalwahl, und muss sich auf die Kontrolle der Ausreisedokumente beschränken; Polizisten, die dies (vermutlich gegen Bestechungszahlungen) unterlassen haben, wurden in einzelnen Fällen entlassen und festgenommen.

Die Regierung steckt dabei in einem Dilemma: die großzügigen Versprechungen, die alle Parteien in jedem Wahlkampf über die Schaffung von Hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen abgeben, sind Luftbuchungen, und eine geregelte Arbeitsmigration entlastet den Arbeitsmarkt. Andererseits schädigt eine ungeordnete Massenmigration, die Erinnerungen an die ersten Jahre des Systemwechsels wach werden lässt, das Image des Landes, das noch immer auf einen baldigen EU-Beitritt hofft. Bei einem Treffen mit Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) unterstützte Rama im April 2015 (nach Singhammers Angaben) die Forderung, Albanien zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären (http://www.es.europeonline-magazine.eu/csu-fordert-schaerfere-asylgesetze-gegen-albaner_391840.html).

Michael Schmidt-Neke

Textilkunst aus Albanien

Albanien ist für die nächsten zwei Jahre Partnerland des Webereimuseums Kircher in Gieselwerder



Die marokkanische Flagge wird heruntergezogen und an ihrer Stelle die albanische gehisst, und so wird die zwei Jahre dauernde Albanienausstellung im Webereimuseum Kircher eröffnet. „Wir sind bereits bei unserem ersten Besuch dort mit einer überwältigenden Freundlichkeit aufgenommen worden“, sagt Timur Kircher, als er begeistert über seine erste Reise als Rucksacktourist durch Albanien berichtet. Bereits damals erhielten er und seine Frau und Co-Museumsleiterin Nora viele Geschenke, darunter z.B. den großen gewebten Teppich und viele andere Schmuckstücke, einzigartig in ihrer Schönheit und Vielfalt, die alle jetzt im Museum zu bewundern sind.

Zu der trotz Regen gut besuchten Ausstellungseröffnung kamen neben Vertretern aus der Politik – unter anderem Belinda Shtylla als Vertreterin der albanischen Botschaft, die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hormann, Vizelandrätin Susanne Selbert und der Bürgermeister Rüdiger Henne – einige albanische Asylbewerber, die, wie der Zufall so will, in Gieselwerder unterge-

bracht und schon vor Wochen eingeladen wurden, beim Aufbau der Ausstellung mitzuhelfen, die davon sehr profitiert hat. „Wir hätten uns nie gedacht, dass die Ausstellung gleichzeitig zum Integrationsprojekt werden könnte“, bemerkte Timur Kircher dazu.

Ein Höhepunkt der Eröffnung war die musikalische Darbietung der Hamburger Çifteli-Spielerinnen Hava Bekteshi.

Es ist keine Frage, dass auch die DAFG bei dieser Ausstellung mit im Boot ist. Als Partner des Webereimuseums Kircher werden wir in den nächsten zwei Jahren einige gemeinsame Vorträge und Veranstaltungen organisieren, in Gieselwerder und in der Region.

Das am Weser-Radweg gelegene Webereimuseum Kircher ist an Sonn- und Feiertagen von 14 bis 17 Uhr geöffnet, ab Mai auch Samstags und Mittwochs von 15 bis 17 Uhr. Mehr Informationen gibt es auf www.weberei-museum-kircher.de.

Gerhard Përgega



Andreas Hemming, Vorsitzender der DAFG, bei der Eröffnungsveranstaltung

Albanien und die deutsche Besetzung 1943-44.

Die Errichtung der Besatzungsmacht und die Haltung der politischen Kräfte

Nach der Kapitulation Italiens im September 1943 befand sich Albanien an einem Scheideweg. Würde die von vielen erwartete Landung anglo-amerikanischer Truppen erfolgen oder würde das Land von Deutschland besetzt werden? Das waren die beiden Optionen, die in den damaligen politischen Kreisen in Albanien am stärksten erörtert wurden. Dieses Dilemma wurde durch die Besetzung Albanien seitens der Wehrmacht beendet. Fragen wie, ob der bewaffnete Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht nötig war und ob die albanischen konservativen politischen Bewegungen Balli Kombëtar und Legaliteti Widerstand geleistet oder mit den deutschen Okkupanten kollaboriert haben sowie ob die Kommunisten ihre Konkurrenten mit Absicht in einen Bürgerkrieg getrieben haben, um ihre ideologischen Vorstellungen nach dem Krieg realisieren zu können, machen immer noch den Kern der Diskussion aus. Infolgedessen wurde in den 1990er Jahren zweimal das «richtige» Datum der Befreiung Albanien von der deutschen Wehrmacht geändert. Michael Schmidt-Neke beobachtet dabei ein Phänomen

des Geschichtsrevisionismus, der alles das verdammt, was die Kommunisten vertreten haben und alles andere positiv sieht, wogegen die Kommunisten vorgegangen sind¹.

Die Besetzung Albanien

Grundlegend muss festgehalten werden, dass Albanien vor dem Zweiten Weltkrieg in Hitlers Expansionsplänen und der Südosteuropa-Ideologie des Nationalsozialismus nicht von besonderer Bedeutung war². Nach der Kapitulation Italiens am 3. September 1943 und deren offiziellem Ausscheren aus dem Bündnis am 8. September rückte Albanien aufgrund seiner exponierten Lage an der schmalen Straße von Otranto, auf deren gegenüberliegenden Seite die Alliierten standen, immer mehr in den Vordergrund³.

Die deutsche Führung fürchtete, dass mit der Kapitulation Italiens ein Vakuum auf dem Balkan entstehen würde. Nachdem Marschall Badoglio den Abschluss einer Kapitulation Italiens mit den Alliierten bekannt gegeben hatte, wurden um vier Uhr morgens die für die Besetzung Albanien in Betracht kommenden

Truppen am 9. September 1943 marschbereit gestellt. Der deutsche Einmarsch in Albanien verlief militärisch effektiv und ohne große Probleme, denn es gab zunächst keinen bedeutenden Widerstand seitens der Italiener sowie auch keine feindseligen Aktionen der Albaner - wie auch die albanische Geschichtsschreibung betont⁴.

In Albanien wurden zwei Divisionen stationiert, nämlich die 297. Infanteriedivision in Nord- und Mittelalbanien sowie die 100. Jägerdivision in Südalbanien. Die Hauptaufgabe der deutschen Divisionen bestand zweifellos darin, die Verteidigung der Küste gegen eine eventuelle Landung der Alliierten einzurichten. Dieser Auftrag bedeutete, die wichtigsten Küstenabschnitte zu besetzen, Artilleriestellungen einzurichten bzw. auszubauen und die von den Italienern übernommenen Küstenbatterien in verteidigungsfähigen Zustand zu versetzen.

Neben der Küstenverteidigung waren es auch die Partisanengruppierungen, die eine Gefahr für die Deutsche Wehrmacht darstellten. Sie stellten eine ernsthafte Bedrohung für die deutschen Nachschubwege dar. Demzufolge wurden Ende September 1943 in ganz Albanien „Säuberungsunternehmen“ durchgeführt, mit dem Ziel, die Operationsgebiete der Partisanen zu durchkämmen und die Partisanen außer Gefecht zu setzen. Eine weitere Zielsetzung der deutschen Führung war es, militärische Kräfte für den Einsatz an anderen Fronten einzusparen und des Weiteren die kriegswichtige Produktion von Bauxit, Chromerz, Kupfer, Holz und Nahrungsmitteln zu sichern. Bezüglich dieser zwei kriegsentscheidenden Gründe kam sie zu dem Schluss, dass die oben genannten Ziele nur durch die militärische und politische „Befriedung“ Albanien erreicht werden konnten. Das oberste Bestreben des Reichsaußenministers v. Ribbentrop war die Gründung einer verhandlungsfähigen, deutschfreundlichen albanischen Regierung. Sie sollte für Ruhe und Ordnung im Land sorgen und die Sicherung der



Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Tirana, September 1943

Verbindungsstraßen übernehmen. Ferner sollte die Regierung dazu beitragen, dass die deutschen Kräfte bei der Verteidigung der Adriaküste entlastet würden. Dazu galt es, diesen Truppen den Rücken von den Partisanen frei zu halten. Wenn notwendig, sollte gegebenenfalls die Unabhängigkeit des albanischen Staates anerkannt werden⁵.

Die Bildung der albanischen Regierung

Das Konzept für den Okkupationsapparat stand schon kurze Zeit vor der Invasion fest. Danach sollte Albanien ein neutrales, unabhängiges Land mit eigener Regierung werden, in dem sich die deutsche Wehrmacht nur zeitweilig zur Abwehr einer möglichen Landung der Alliierten an der albanischen Küste im Land aufhielt. Diesem Konzept folgend hoffte Ribbentrop, die gegen den italienischen Faschismus eingestellten Massen für sich zu gewinnen, die von den Kommunisten geführte Befreiungsbewegung zu isolieren und Albanien mit möglichst geringem deutschem Personaleinsatz zu halten.

beit mit den deutschen Besatzern. Die herausragendsten Persönlichkeiten waren Lef Nosi, der 1912 bei der Proklamation der Unabhängigkeit in Vlora anwesend war, und der Prior der Franziskaner von Shkodra, Pater Anton Harapi. Die bedeutendste Figur aber war der 74-jährige Mehdi Bej Frashëri. Frashëri hatte anlässlich der italienischen Invasion ein kritisches Telegramm an Mussolini geschickt - dies verschaffte ihm einen Ehrenplatz bei den Albanern. Zwei weitere wichtige Leute die sich um die Entstehung eines repräsentativen Nationalkomitees - zunächst getrennt - bemühten, waren der Großgrundbesitzer aus Elbasan Ibrahim Bej Biçaku, der in Wien studiert hatte, und der Kosovare aus Mitrovica Xhaferr Deva. Am 14. September proklamierten die genannten Persönlichkeiten die Bildung eines Nationalkomitees sowie die Unabhängigkeit Groß-Albaniens. In einer von Neubacher entworfenen und von Hitler und Ribbentrop gebilligten Erklärung begrüßte am 24. September die Reichsregierung die Bildung des Nationalkomitees und erkannte den vom Nationalen Komitee eingesetzten Arbeitsausschuss an. Dieser aus

Vertrauensmann der Deutschen tätige Xhaferr Deva die Verantwortung. Am 16. Oktober 1943 trat eine albanische Nationalversammlung, bestehend aus 150 Abgeordneten, vor allem aus dem Kosovo und Nordalbanien, zusammen. Als eine ihrer ersten Handlungen löste die Nationalversammlung die Union mit der italienischen Krone auf und machte viele der unter italienischer Herrschaft erlassenen Gesetze rückgängig⁶. Des Weiteren bestätigte die Nationalversammlung die Dekrete vom 1. September 1928, die Albanien zu einer Monarchie erklärt hatten, und verkündete, dass Albanien während des Krieges von einer Regentschaft aus vier Personen regiert werden sollte. Dem Regentschaftsrat war aufgetragen, die Befehlsgewalt über die Streitkräfte zu übernehmen und alle anderen Machtbefugnisse, die nach dem Statut vom 1.12.1928 dem König Ahmet Zogu zugekommen waren, auszuüben. Die Regenten und die Nationalversammlung, die als ein eingeschränktes Parlament fungieren sollte, beriefen am 5. November eine Regierung unter Leitung des Vorsitzenden der Zweiten Liga von Prizren, Rexhep Mitrovica, ein.



Von links nach recht: Fuat Dibra (Regent), Mihal Zallari (Parlamentspräsident), Mehdi Frashëri (Regent), Pater Anton Harapi (Regent), Rexhep Mitrovica (Premierminister), Vehbi Frashëri (Stv. Außenminister)

Zunächst zeigten sich die albanischen Politiker zur Kollaboration mit den Deutschen nicht bereit, aber als eine Invasion der Alliierten nicht mehr in Frage kam und es sich abzeichnete, dass die deutsche Wehrmacht doch einige Zeit im Land bleiben würde, drängten albanische Politiker zur Zusammenar-

beit mit den deutschen Besatzern. Die herausragendsten Persönlichkeiten waren Lef Nosi, der 1912 bei der Proklamation der Unabhängigkeit in Vlora anwesend war, und der Prior der Franziskaner von Shkodra, Pater Anton Harapi. Die bedeutendste Figur aber war der 74-jährige Mehdi Bej Frashëri. Frashëri hatte anlässlich der italienischen Invasion ein kritisches Telegramm an Mussolini geschickt - dies verschaffte ihm einen Ehrenplatz bei den Albanern. Zwei weitere wichtige Leute die sich um die Entstehung eines repräsentativen Nationalkomitees - zunächst getrennt - bemühten, waren der Großgrundbesitzer aus Elbasan Ibrahim Bej Biçaku, der in Wien studiert hatte, und der Kosovare aus Mitrovica Xhaferr Deva. Am 14. September proklamierten die genannten Persönlichkeiten die Bildung eines Nationalkomitees sowie die Unabhängigkeit Groß-Albaniens. In einer von Neubacher entworfenen und von Hitler und Ribbentrop gebilligten Erklärung begrüßte am 24. September die Reichsregierung die Bildung des Nationalkomitees und erkannte den vom Nationalen Komitee eingesetzten Arbeitsausschuss an. Dieser aus

Die albanische Regierung zwischen «relativer Neutralität» und «relativer Souveränität»

Parallel mit der Etablierung einer prodeutschen albanischen Regierung ging der Aufbau des deutschen Machtapparates in Albanien einher. Die deutsche Befehlsstruktur verzweigte sich innerhalb Albaniens zu einer komplizierten Struktur mit nebeneinander stehenden Dienststellen.

Legt der Betrachter die Kriterien des Völkerrechts an, so ist es kaum möglich zu behaupten, dass in der betrachteten Zeitspanne von einer wirklichen Unabhängigkeit und eigenständigen Wiederaufrichtung des albanischen Staates gesprochen werden kann.⁷ Wie bitter dies auch sein mochte, nahmen die albanischen Kollaborateure um Mehdi Frashëri die Versprechungen einer Unabhängigkeit ernst und bemühten sich um eine internationale Anerkennung Albaniens. Zunächst

galt es, die Neutralität Albaniens zu proklamieren und international anerkennen zu lassen. Als Vorbild diente der Regierung das seit 1922 als unabhängiges Königreich anerkannte Ägypten, das sich im Krieg für neutral erklärt hatte, aber die englischen Truppen auf ägyptischem Boden dulden musste. Dementsprechend unterbreitete Mehdi Frashëri am 7. Oktober 1943 zwei Vorschläge zur Neutralität Albaniens. Der erste Vorschlag lautete: „*Deutschland und Alliierte anerkennen die Neutralität des albanischen Staates, wodurch Albanien für beide Teile als Kriegszone ausscheidet.*“⁸ Neubacher erklärte sofort die offenbare „*Unmöglichkeit der Verwirklichung eines so schönen albanischen Traumes*“ – wie er sich selbst dazu äußern sollte.⁹ An dessen Erfüllung kann auch Frashëri selbst nicht ernsthaft geglaubt haben. Als zweite Möglichkeit schlug Mehdi Frashëri im Hinblick auf die Feindpropaganda eine Formulierung des neutralen Charakters des unabhängigen Albanien vor, welche über den Begriff „*nicht kriegführend*“ hinausgehe¹⁰. Ihm war bewusst, dass ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen seine Politik keinen Erfolg erzielen konnte. Jedoch gab er sich nicht nach und versuchte im Januar 1944 erneut zu verhandeln. Dieses Mal war eine stärkere Berücksichtigung deutscher Interessen spürbar. Er erklärte, dass Albanien sich im Zustand einer „*relativen Neutralität*“ befinde und alles tun würde, um die Sicherheit der deutschen Wehrmacht zu gewährleisten. Des Weiteren betrachte Albanien Agenten der Kriegsgegner Deutschlands als subversive Elemente und erklärte sich bereit, sie zu verfolgen und unschädlich zu machen.¹¹

Der «*relativen Neutralität*» stellte Neubacher die „*relative Souveränität*“ gegenüber. Er brachte zum Ausdruck, dass Deutschland an seiner Politik eines unabhängigen Albanien unter gewissen Bedingungen festhalte; Albanien hatte Zugeständnisse in der Versorgung und bei der Finanzierung der in ihr stationierten deutschen Truppen zu machen und in verantwortlichen Stellen nur Persönlichkeiten zu dulden, deren Loyalität der deutschen Wehrmacht gegenüber unter allen Umständen

gewährleistet war.¹² Klarer konnte Neubacher kaum ausdrücken, dass das deutsche Interesse an einem neuen Staat Albanien nur ein Teil der deutschen militärischen Interessen war.

Der albanischen Regierung war bewusst, dass, selbst wenn ihr die Anerkennung der Neutralität von Seiten des Deutschen Reichs gelingen würde, dieses keine Bedeutung hätte, wenn nicht auch die Kriegsgegner Deutschlands sich dazu bereit erklärten. Demzufolge dokumentierte die albanische Regierung ihren Anspruch auf Neutralität und Unabhängigkeit dadurch, dass sie einen Sitz in der alliierten Kontrollkommission für Italien forderte. Verständlicherweise reagierten die Alliierten auf diese Forderung nicht. Mit der Konstituierung des Kabinetts Mitrovica endete die Phase der Herausbildung der deutschen Herrschaft in Albanien. Der zunehmende Antagonismus zwischen dem Balli Kombëtar und der kommunistisch geführten Partisanenbewegung erwies sich als einer der günstigsten Faktoren für die deutsche Politik in Albanien. Die deutschen Versprechungen gegenüber den albanischen Politikern, dass die deutsche Besetzung nur aus militärischen Gründen in Albanien erfolgte, verbunden mit der Garantie eines unabhängigen Albanien, weckte bei den albanischen Nationalisten die Hoffnung, eine relativ unabhängige, patriotische Innen- und Außenpolitik verwirklichen zu können. Die vermeintliche Unabhängigkeit erschien offenbar auch den Ballisten als gut genug, um sie von einer Konfrontation mit den deutschen Besatzungstruppen abzuhalten und sich zunächst mit der Realität einer fremden Besetzung abzufinden.

Das Verhalten der albanischen politischen Gruppierungen

Es ist unbestreitbar, dass Enver Hoxha nach dem Krieg an eine Alleinherrschaft interessiert war, jedoch nur ihm die Schuld an das Scheitern der Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und des Balli Kombëtar zuzuschreiben entsprach nicht der ganzen Wahrheit.

Dazu ist eine kritische Betrachtung der Politik des Balli Kombëtar in Herbst 1943 erforderlich.

Zunächst ist zu betonen, dass die Unterlagen der deutschen Dienststellen in Albanien die Behauptungen des Balli Kombëtar, dass sie gegen die Wehrmacht bewaffnete Aktionen durchgeführt hatte, als äußerst zweifelhaft erscheinen lassen. Im Gegensatz dazu sind den Unterlagen des XXI. A.K. schon während der ersten Wochen der deutschen Besetzung enge Kontakte der Wehrmacht zu den nationalen Banden beziehungsweise zum Balli Kombëtar zu entnehmen: „*Die Ballisten ... wollen die Aufrichtung eines kommunistischen Regimes in Albanien um jeden Preis verhindern und schließlich eine Kräftereserve gegen Jugoslawien und Griechenland bereithalten ... Die Stellung der Ballisten zu den Deutschen ist unklar ... Sie arbeiten teils offiziell – teils inoffiziell mit den Deutschen zusammen, um bei einer Invasion der Alliierten umzuschwenken und dadurch die Unterstützung der Alliierten zu gewinnen.*“¹³

Der schnelle deutsche Einmarsch in Albanien sowie die politische Strategie der Besatzungsmacht erforderten eine neue politische und strategische Orientierung des Balli Kombëtar. Ohne zu berücksichtigen bei welcher Partei das Scheitern deren Zusammenarbeit zu suchen ist, blieb für den Balli Kombëtar die Option der Bekämpfung der deutschen Besatzungsmacht, ohne eine Kooperation mit der Nationalen Befreiungsarmee aber gemeinsam mit andern nicht kommunistischen Gruppen und mit Unterstützung der Alliierten, offen. Die anderen Optionen waren, neutral zu bleiben und auf Landung der Alliierten abzuwarten oder sich der deutschen Wehrmacht im Kampf gegen die kommunistisch geführten Partisanen anzuschließen.

Aber die Politik des Balli Kombëtar war durch eine passive und opportunistische Grundhaltung gekennzeichnet. Aus diesem Grund blieb es abzuwarten, dass zunächst die Balli Kombëtar eine neutrale Stellung einnehmen, aber gleichzeitig auch die anderen beiden Optionen offen lassen würde. So erklärte die Führung des Balli Kombëtar gegen-

über den britischen Verbindungs-offizieren, dass sie prinzipiell am Kampf gegen die Besatzungsmacht interessiert waren und verlangten Munition und Waffen, während ein guter Teil des Balli Kombëtar mit der deutschen Wehrmacht enge Verbindungen pflegte. Diesbezüglich meldete am 15. Dezember 1943 der Kommandeur der 100. Jägerdivision an den General des XXII. Gebirgsarmeekorps folgendes: „[...] Die Banden der Balli Kombëtar stellen die einzige Machtgruppe dar, die sich auf albanischer Seite aktiv am Kampf gegen die Kommunisten beteiligt. Sie hat z. Zt. im Div. Bereich eine Stärke von etwa 7.000 Bewaffneten [...] Im Kampf gegen die Kommunisten ist aber der Division auf die Hilfe dieser nationalen Gruppen angewiesen, da nur mit ihnen die langen Nachschubwege gesichert werden können und damit die Voraussetzung für eine erforderliche Küstenverteidigung geschaffen wird [...]“.¹⁴

Diese verworrene Taktik des Balli Kombëtar kam nun der Kommunistischen Partei zugunsten. Sie intensivierte die Propaganda gegen die Ballisten und unternahm die ersten militärischen Aktionen gegen den Balli Kombëtar.

Dieser Kurswechsel, nämlich das taktische Bündnis mit der Wehrmacht, wurde während des ersten nationalen Kongresses des Balli Kombëtar am 3. Januar 1944 in Berat diskutiert und abgesegnet. Die Ballisten konnten von den Deutschen Waffen und militärische Unterstützung, sichere Rückzugsgebiete und Gold erhalten. Die Kollaboration als Mittel zur Beseitigung der rivalisierenden Partei erschien den Ballisten Ende 1943, trotz der Warnung der Engländer vor den Konsequenzen dieser Strategie für den politischen Einfluss des Balli Kombëtar, als der sichere und gewiss auch bequemere Weg, um das Anwachsen der kommunistischen Bewegung zu stoppen. Die Kollaboration des Balli Kombëtar mit den deutschen Besatzern diente als offizielle Begründung für Hoxha, um ihn in den Augen des albanischen Volkes zunächst zu demaskieren und später zu zerschlagen. Der Balli Kombëtar verfolgte dabei die gleiche Strategie, nämlich um jeden Preis die kommunistische Bewegung zu

liquidieren. Diesem Ziel folgend hinderte sie nichts daran, auch mit den Deutschen zu kollaborieren.

Die neutrale Stellung der Legalität

Die Gründung der Partei Legaliteti (die Legalität) war eine Folge der politischen Entwicklung im Lande. Diese Partei hatte ähnliche politische Vorstellungen wie der Balli Kombëtar, was auch die Teilnahme Mithat Frashëris an der Parteigründung erklärt. Ähnlich wie der Balli Kombëtar versuchte auch die Legalität, einen Mythos zu konstruieren, der eine Tradition der zogistischen Bewegung begründen sollte: „Die Bewegung der Legalität trat mit dem 7. April des Jahres 1939 ins Leben“ - wurde dabei betont.¹⁵

Die Ideologie des zogistischen Programms war in ihrem Kern antifaschistisch und bezog sich auf Elemente der nationalen Matrix, wie der Forderung nach ethnischen Grenzen, Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und der Landverteilung.¹⁶ Diese Forderungen hatten die gleichen Färbungen wie die des Balli Kombëtar, jedoch bestand der Unterschied darin, dass die Zogisten die Wiederherstellung der Legalität, also die Wiedereinführung der Monarchie Ahmet Zogus verlangten.

Archivquellen beweisen, dass unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Albanien Kupa hatte verstehen lassen, dass er nichts gegen die deutsche Wehrmacht unternähme, falls auch sie ihn in Ruhe lassen würde. Die Zuspitzung der innenpolitischen Lage, die offene Kampfaufnahme der Partisanen gegen den Balli Kombëtar machte Kupa auch klar, dass ihn und seiner Partei das gleiche Schicksal erwartete. So beeilte er sich zu äußern, „er werde die Kommunisten nicht angreifen, wenn diese ihn nicht angriffen; in seinem Gebiet werde er für Ruhe und Ordnung sorgen. Jeden Angriff gegen Zogisten werde er mit Waffengewalt vergelten.“¹⁷

Die Forderungen der britischen Verbindungs-offiziere an Kupa, den Kampf gegen die deutsche Wehrmacht aufzunehmen, fanden keinen Anklang bei den Zogisten. Im Gegen-

teil dazu hinderte die nach außen akzentuierte antifaschistische Haltung der Legalität Kupa nicht daran, stillschweigend Absprachen mit der Wehrmacht zu treffen, Kontakte mit den kollaborierenden Politikern zu pflegen und zu versuchen, zogistisch orientierte Beamte und Offiziere an zentralen Stellen der Verwaltung und albanischen Wehrmacht zu platzieren.

Offensichtlich hoffte Kupa, die sozialrevolutionären Insurgenten und die deutsche Wehrmacht würden ihre Kräfte im verbissenen Kleinkrieg verschleißen, während er für die Zeit danach gerüstet habe.¹⁸ Unzweifelhaft besaß Kupa Züge, die Schliep mit Recht als «Bauernschläue» charakterisierte, wobei nicht auszuschließen ist, dass Abaz Kupa schon Ende 1943 eine Annäherung an die Regierung in Tirana als eine Variante möglichen Verhaltens ernsthaft erwog. Er erklärte sich Ende September 1944 bereit, der deutschen Wehrmacht bei ihrem Rückzug die Straße Tirana-Shkodra zu sichern.

Eine Anlehnung an die britische Position schloss Kupa ebenfalls nicht grundsätzlich aus. Die Position Kupas ist als schwankend zu bezeichnen. Diese schwankende Position der Zogisten ermöglichte es Hoxha auch mit den Zogisten, wie mit den Ballisten, einen kurzen Prozess zu machen.

Der organisierte Widerstand

Die kommunistisch geführte Nationale Befreiungsbewegung erfuhr im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1944 eine erhebliche Stärkung. Sie hatte sich nicht nur aus der schwierigen Lage des Winters herausgeschlagen, sondern sich auch besser organisiert. So rief das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei den Vorstand des Generalrates der Nationalen Befreiung zum Ersten Antifaschistischen Kongress der Nationalen Befreiung zusammen. Der Kongress fand vom 24. bis 28. Mai 1944 in Përmet statt. Auf dem Kongress wurde der aus 121 Mitgliedern bestehende Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung gewählt. Er stellte die höchste legislative und exekutive Instanz im Land dar und war im Sinne der Kommunisten der



Repräsentant der Volkssouveränität.¹⁹ Aus deren Blickwinkel betrachtet, stellten der Antifaschistische Rat und das von ihm beauftragte 13-köpfige Antifaschistische Komitee die erste Regierung dar. Zum Vorsitzenden dieses Komitees wurde Enver Hoxha gewählt.

Die Beschlüsse des Kongresses waren von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf des Widerstandes. Enver Hoxha wurde zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt. Die Partisanenarmee wurde gemäß dem Vorschlag des Generalstabs in größere militärische Formationen, Divisionen, Armeekorps usw. unterteilt und es wurden Dienstgrade mit entsprechenden Dienstgradabzeichen eingeführt. Als Hauptdevise des Kongresses galt: „die Generaloffensive zur vollständigen Befreiung Albaniens von den deutschen Besatzern und zur restlosen Vernichtung des Balli

Kombëtar, der Legalität und aller reaktionärer Kräfte einzuleiten.“²⁰ Davon profitierten vor allem die bedrängten Deutschen, deren Propaganda durch das Verhalten der Partisanen wieder «Oberwasser» bekam. Da die Partisanenbrigaden gleichermaßen deutsch- und kommunistenfeindliche Truppen angegriffen hatten, rückten die nordalbanischen Stämme, auch solche, die vorsichtig Distanz zu den Deutschen gesucht hatten, enger zusammen und suchten Unterstützung bei der Wehrmacht. Es war den Kommunisten wichtig, weniger den Deutschen als den Westmächten unter Beweis zu stellen, dass sie im Land Herr der Lage waren und eine funktionsfähige Macht errichten konnten. Des Weiteren hatten die Kommunisten bei ihren Angriffen auf die deutsche Wehrmacht und deren Verbündeten die nationalen Kräfte in solchem Maße geschwächt, dass nach dem endgültigen Abzug

der Wehrmacht aus Albanien kein Bürgerkrieg geführt werden musste, der ein Eingreifen der Westmächte hätte verursachen können – wie z.B. in Griechenland der Fall war. Als am 28. Juli 1944 britische Landungstruppen in Himara landen wollten und dabei von einer schwachen Wehrmachtseinheit nicht zum Stehen gebracht werden konnten, ließ Hoxha eine Partisaneneinheit an der Seite der Wehrmacht gegen die britischen Landungstruppen in den Kampf mit Erfolg eingreifen.²¹ Jedoch ist diese These mit Vorsicht zu berücksichtigen, denn erst am 15. Mai 1946 fanden die ersten politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen Albanien und Großbritannien statt, als die albanische Küstenartillerie im Korfu-Kanal einige Warnschüsse gegen britische Kriegsschiffe abfeuerte. In der albanischen Geschichtsschreibung wird erwähnt, dass E. Hoxha zwar die Landung britischer Einheiten am 28. Juli in Himara genehmigte, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie den deutschen Stützpunkt in Spile (Himara) zu vernichten und dann sofort Albanien wieder zu verlassen hatten. Er befahl der XII. Partisanenbrigade, in den Höhen Pilur, Nivicë-Bubar und Llogara in Stellung zu gehen und bei Bedarf die Briten zu unterstützen.²²

Am 14. August 1944 wurde eine sowjetische Militärmission unter Major K.P. Ivanov im Generalstab der Befreiungsarmee attachiert. Damit hatte Stalin die Existenz eines unabhängigen Albaniens anerkannt. Es war mehr als zweifelhaft, ob die Westmächte dieser Anerkennung widersprechen würden, da ihnen am Einvernehmen mit Stalin mehr gelegen war als an der albanischen Frage.

Vom 20. bis 23. Oktober 1944 fand in Berat, als der Abzug der Deutschen wie auch die baldige Machtübernahme der Antifaschistischen Nationalen Front schon recht sicher waren, die zweite Sitzung des Befreiungsrates statt. Dabei wurde beschlossen das Antifaschistische Komitee der Nationalen Befreiung in die «Demokratische Regierung Albaniens» umzuwandeln. Zum Chef der Regierung wurde Enver Hoxha gewählt. Die Hoxha-Regierung verpflichtete sich den Kampf für die Befreiung Albaniens voranzutreiben,

die Unabhängigkeit des albanischen Staates zu wahren, die Bürgerrechte zu sichern sowie nach der Befreiung «demokratische Wahlen für die verfassungsgebende Versammlung durchzuführen», welche die endgültige Regierungsform wie auch Verfassung festlegen sollte.

Diese Ereignisse sowie die militärischen wachsenden Erfolge der Partisanen zwangen den Regentschaftsrat und die prodeutsche Regierung Biçaku – es gab nach der ersten Regierungsbildung noch zwei weitere – am 26. Oktober 1944 öffentlich zu verkünden, dass sie jede Tätigkeit einstellten, da die Schwierigkeiten unüberwindlich geworden waren. Die Tatsache, dass die deutsche Wehrmacht auf dem Rückzug war, stellte kein Geheimnis mehr dar.

Die Versuche der deutschen Besatzungsmacht, ihre Herrschaft mit der Hilfe der albanischen Kollaborateure zu konsolidieren, waren gescheitert. Es gab gewisse Erfolge, die jedoch mit der wachsenden Zunahme des Einflusses der Kommunisten im Land ihre Wirkung verfehlten.

Fazit

Es ist anzunehmen, dass die deutsche Politik in Albanien von 1943 bis 1944 ein der wichtigsten Faktoren der Machtübernahme der Kommunisten war. Es ist klar, dass diese Tatsache nicht von Bedeutung für die Deutschen war, es ist aber dennoch erwähnenswert. Von der Taktik „Zuckerbrot und Peitsche“ profitierten vor allem die Deutschen und die Kommunisten: gelang es den Deutschen, eine andere politische Gruppierung für sich zu gewinnen, wurde die politische Lage für Hoxha umso günstiger. Ende 1943 stellten die Kommunisten eine ernsthafte Organisation dar. Als die Deutschen den Balli Kombëtar, die Zogisten und die Bajraktare an sich banden, nahmen sowohl das Vertrauen als auch die Unterstützung der Bevölkerung für diese Gruppierungen enorm ab. Mit der Zunahme der Kollaboration einerseits und dem steigenden Nationalismus andererseits, wurden diese politischen Gruppierungen in den Augen der Bevölkerung diskreditiert und verspielten somit das Recht auf Teilnahme an der Regie-

rung des Landes nach dem Krieg. Mit Hilfe dieser drei Gruppierungen gelang es den Deutschen, sich mit wenigen Verlusten aus Albanien zurückzuziehen, trotz der brutalen Maßnahmen und Repressalien, die die Wehrmacht seit September 1943 unternommen hatte.

Die oberste Priorität der Deutschen hatte darin bestanden, Albanien mit einer kleinen Zahl von Truppen zu halten. Nicht nur dies war der Fall, sondern im Laufe von 1944 wurden sogar mehr Truppen aus Albanien herausgezogen als wieder ersetzt. Die Truppen wurden mit albanischen Gütern versorgt, die wiederum mit albanischem Geld gekauft worden waren. Neben den gelungenen finanziellen Interessen wurden aus Albanien auch wichtige Rohstoffe gefördert. Außerdem vermochte sich die deutsche Wehrmacht aus Albanien mit nur mäßigen Verlusten zurückzuziehen.

Dr. Marenglen Kasmi
Tirana

(Endnotes)

1 Vgl. Michael Schmidt-Neke: Rezension: Bernd J. Fischer: *Albania at War, 1939-1945*, London 1999, in: *Südost-Forschungen*, Bd. 59 (2000), S. 715.

2 Vgl. Christoph Stamm: *Zur deutschen Besetzung Albaniens 1943-1944*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, Bd. 2, Jahr 1981 (Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), S. 99.

3 Vgl. Edgar Röhrich: *Die Entwicklung auf dem Balkan 1943-1945*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, Bd. 12, Berlin 1962, S. 392.

4 Vgl. Shyqri Ballvora: *Das Nationalsozialistische Besatzungsregime in Albanien*, München 1979 (= *Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. (Hrsg.): Informationen aus und über Albanien 1*) (Übersetzung aus der französischsprachigen albanischen Zeitschrift „*Studia Albanica*“ Nr. 2/1974), S. 13.

5 Vgl. Stamm: *Zur deutschen Besetzung Albaniens*, S. 101.

6 Vgl. Michael Schmidt-Neke: *Geschichtliche Grundlage*, in: Grothusen, Klaus-Detlev (Hrsg.):

Albanien, Südosteuropa – Handbuch, Bd. VII, Göttingen 1993, S. 49-50.

7 Vgl. Ebd., S. 106.

8 Zitiert nach: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP)*, Serie E, Bd. VII, Dokument Nr. 28, S. 57.

9 Ebd., S. 57.

10 Ebd., S. 57.

11 Ebd., S. 378.

12 Vgl. ADAP, Serie E, Bd. VIII, Dokument Nr. 139, S. 378.

13 Aus dem Bericht der Abwehrstelle Albanien an Oberst i.G. Franz Harling, Dritter Generalstabsoffizier (Ic) beim Oberbefehlshaber Südost, für die Zeit vom 15. November 1943 bis 20. Februar 1944 über die Befreiungsbewegung und andere politische Gruppen in Albanien. (Martin Seckendorf u.a. (Hrsg.): *Europa unterm Hakenkreuz*. Bd. 6: *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945)*. Berlin, Heidelberg 1992, Dokument Nr. 233, S. 304).

14 Zitiert nach: Seckendorf: *Die Okkupationspolitik*, Dokument Nr. 217, S. 290.

15 Vgl. Bernhard Kühmel: *Deutschland und Albanien 1943-1944*. Diss. Bochum 1981, S. 259.

16 Ebd., S. 259.

17 Ebd., S. 260.

18 Vgl. Hermann Neubacher: *Sonderauftrag Südost; Bericht eines fliegenden Diplomaten*, 2. durchgesehene Auflage, Göttingen 1957, S. 118.

19 Vgl. Bernhard Tönnes: *Sonderfall Albanien. Enver Hoxhas „eigener Weg“ und die historischen Ursprünge seiner Ideologie*. München 1980, S. 463.

20 Zitiert nach: Hubert Neuwirth: *Widerstand und Kollaboration in Albanien 1939-1944*. Wiesbaden 2008 (= *Albanische Forschungen 27*), S. 196.

21 Vgl. Tönnes: *Sonderfall Albanien*, S. 465.

22 Vgl. Historia e Luftës Antifashiste Nacionalçlirimtare, Vëllimi 4 (maj 1944-nëntor 1944). Botim i Institutit të Studimeve marksiste-leniniste, sektori i Historisë së PPSH, Tiranë 1989, fq. 435-436.

Zwischen Assimilierung und nationaler Identität: die albanische Diaspora in der Türkei



Besuch bei albanischen Emigrantenvereinen in Bursa

Zu den klassischen Emigrationsländern der Albaner in Vergangenheit und Gegenwart zählt traditionell auch das heutige Gebiet der Türkei. Anders jedoch als beispielsweise im Kosovo, wo die etwa 18.000 Angehörige umfassende türkische Volksgruppe als nationale Minderheit offiziell anerkannt ist, eigene nationale Minderheitenparteien wie die KDTP („Demokratische Türkische Partei des Kosovo“) und die KTAP („Türkische Partei des Kosovo für Gerechtigkeit“) unterhält, mit Mahir Yağcılar als Minister für öffentliche Verwaltung in der kosovarischen Regierung vertreten ist sowie im Rahmen des Ahtisaari-Plans im Jahr 2008 die Ortschaft Mamusha (türkisch: Mamuşa) als eigene Gemeinde erhielt, verfügen die Albaner in der Türkei bislang über keinen rechtlichen Minderheitenstatus und werden daher als Minderheit zahlenmäßig auch nicht gesondert erfasst. Folglich kann die Zahl der Albaner bzw. der albanischen Emigranten in der Türkei, in der insgesamt über 50 Ethnien leben, bislang nur geschätzt werden. Während in der wissenschaftlichen Literatur ihre Zahl mit etwa einer

Million angegeben wird, gehen andere Schätzungen inzwischen deutlich über diese Zahl hinaus. Die türkische Verfassung von 1982 (die Arbeiten an einer neuen Verfassung sind derzeit politisch weitgehend blockiert) kennt bislang nicht die Begrifflichkeit einer nationalen Minderheit. Minderheitenrechte werden daher im Wesentlichen lediglich den in den Artikeln 37 - 45 des „Vertrags von Lausanne“ vom 24.7.1923 namentlich nicht weiter bestimmten nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei zugestanden, wobei es sich vor allem um Griechen, Armenier und Juden handelt, deren Minderheitenstatus somit über die Religionszugehörigkeit definiert wird. Am 2.3.2014 verabschiedete das türkische Parlament in Ankara jedoch ein sogenanntes „Demokratie-Paket“, das ethnischen Minderheiten u. a. das Recht auf Gründung eigener Privatschulen mit muttersprachlichem Unterricht zugesteht und das damit faktisch auch zu einer Erweiterung des Minderheitenbegriffs führt. Gegenwartsbezogene und vor allem soziologische Untersuchungen

zur albanischen Diaspora in der Türkei liegen bislang kaum vor. Als eine Art Standardwerk zur albanischen Diaspora in der Türkei gilt die im November 2000 in New York (USA) verlegte albanischsprachige Publikation „Diaspora Shqiptare në Turqi“ (ACCL Publishing) von Mal Berisha, die vor allem die Siedlungsgeschichte der Albaner in der heutigen Türkei beleuchtet. Im Jahr 2011 erschien im „Institut für Albanologie“ in Prishtina eine Studie aus den Jahren 2002 und 2003 von Rustem Buzhala mit dem Titel „Shqiptarët në Turqi“, die u. a. empirische Umfrageergebnisse zum kulturellen Selbstverständnis der Albaner in der Türkei präsentiert. In der Gruppe der Diaspora-Albaner gelten, nicht zuletzt aus Sicht der Albaner in den Heimatländern auf dem Balkan, die albanischen Einwanderer und Immigranten in der Türkei schließlich weltweit als jene, die am umfassendsten assimiliert sind. Diese Einschätzung entspricht im Übrigen auch der türkischen Wahrnehmung, wobei aus türkischer Perspektive die Albaner besonders erfolgreich türkisiert und damit integriert werden konnten.

Gut die Hälfte der Albaner in der heutigen Türkei wanderte erst nach dem Zweiten Weltkrieg in das Land am Bosphorus ein, wobei auf eine ausführlichere Darstellung der Verhältnisse im Osmanischen Reich, das bis 1912 auch weite Teile des albanischen Siedlungsgebietes auf dem Balkan umfasste, sowie auf die Bedeutung von Konstantinopel bzw. Istanbul für die Entstehung der albanischen Nationalbewegung im späten 19. Jahrhundert wie auch für die Anfänge der illegalen kosovarischen Untergrundorganisationen zu Beginn der 1950er Jahre, an dieser Stelle verzichtet wird.

Erwähnt sei in diesem Kontext lediglich der in Istanbul gestorbene und begrabene Sami Frashëri (1850-1904), der als Verfasser der ersten türkischsprachigen Enzyklopädie unter seinem türkischen Namen Şemseddin Sami auch als bedeutende Persönlichkeit der türkischen Kulturgeschichte gilt und der mit seiner 1899 verlegten Schrift „Shqipëria - ç'ka qenë, ç'është e ç'do të bëhet“ („Albanien - was es war, was es ist

und was es sein wird“) erstmals den Anspruch der Albaner auf einen eigenen Nationalstaat formulierte und der damit auch die Vision von der Entwicklung des albanischen Volkes hin zu einer modernen europäischen Nation verfolgte.

Lediglich kurz hingewiesen sei auf den um 1540 in Elbasan im heutigen Albanien geborenen Architekten Sedefkar Mehmed Agha (türkisch: Sedefkâr Mehmet Ağa), der als Bauherr der im Jahr 1616 in Konstantinopel eingeweihten Sultan-Ahmed-Moschee, die auch unter dem Namen „Blaue Moschee“ bekannt ist und zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten in Istanbul zählt, in die Geschichte einging sowie auf Mehmet Âkif Ersoy (1873-1936), dessen Vater aus dem Kosovo stammt, und der den Text der türkischen Nationalhymne „İstiklâl Marşı“ („Unabhängigkeitsmarsch“) verfasste. Zu den bedeutenden Persönlichkeiten mit albanischen Wurzeln zählen schließlich auch Hoxhë Hasan Tahsini (1811-1881), der als Mathematiker, Astronom und Philosoph im Jahr 1870 erster Rektor der Universität Istanbul wurde und 59 Jahre zuvor in der kleinen Ortschaft Filati (griechisch: Filiátas) in der Çamëria (heutiges Nordwestgriechenland) geboren worden war, sowie Mustafa Fevzi Çakmak (1876-1950), Feldmarschall und Generalstabschef der türkischen Armee, der zu den engsten Vertrauten und politischen Weggefährten des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk gehörte.

Die heutige albanische Diaspora in der Türkei lässt sich grob in drei, zahlenmäßig jedoch nicht gleichgroße, Gruppen unterteilen:

1) Albaner aus der historischen Region Kosovo, welche ab 1912, als weite Teile des Gebiets nach dem 1. Balkankrieg vorübergehend an Serbien gefallen waren, unter dem Druck der neuen Machthaber ihre Heimat verlassen mussten und vorwiegend in Städten wie Istanbul und Bursa eine neue Heimat fanden. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg führte der Druck der jugoslawischen Behörden zunächst dazu, dass zwischen 1944 und 1966 insgesamt 450.681 Albaner aus dem Kosovo in die Türkei emigrierten, die zu jener Zeit als praktisch einziges

europäisches Land in größerer Zahl Emigranten aus dem Kosovo aufnahm.

2) Albaner aus der jugoslawischen Teilrepublik Makedonien, die vorwiegend in den 1950er Jahren aus dem früheren Jugoslawien emigrierten und, analog zu den Albanern aus dem Kosovo, sich ebenfalls vorwiegend in Istanbul und Bursa ansiedelten.

3) Albaner bzw. Çamën aus Südalbanien und Nord-Griechenland (Çamëria), die zwischen 1912 und 1924 und insbesondere im Kontext des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustauschs von 1923 („Vertrag von Lausanne“) in die Türkei kamen und sich hauptsächlich in Städten wie Istanbul (Stadtviertel: Erenköy und Kartal), Yalova, Yozgat, Manisa, Aydin, Gemlik und Izmir niederließen.

In historischer Hinsicht lassen sich vier große Einwanderungswellen albanischer Emigranten in das Osmanische Reich bzw. in die Türkei festmachen: 1) 1876-1878 im Kontext des Russisch-Osmanischen Kriegs von 1877-1878, der u. a. mit der Unabhängigkeit Serbiens endete, wodurch damalige albanische Siedlungsgebiete im heutigen Südserbien dem Osmanischen Reich verloren gingen; 2) 1912-1915 bedingt durch die zeitweilige Besetzung Kosovos sowie großer Teile Albaniens durch Serbien und Griechenland (Çamëria) nach dem 1. Balkankrieg; 3) 1918-1941 u. a. hervorgerufen durch die prekäre und unsichere Situation im Kosovo zu Zeiten des Königreichs Jugoslawien mit Aufständen gegen die erneute serbische Herrschaft nach Ende des 1. Weltkrieges bis zum Zeitpunkt der Besetzung des Gebiets durch die Achsenmächte 1941 sowie durch den bereits erwähnten griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch von 1923 und 4) 1950-1965 vorwiegend als Ergebnis der repressiven Politik gegenüber den Albanern in Jugoslawien nebst der staatlicherseits forcierten Emigration der Albaner unter Innenminister und Geheimdienstchef Aleksandar Ranković, der 1966 schließlich entmachtete wurde.

Seit den 1990er Jahren ist die Türkei darüber hinaus schließlich auch Ziel von Arbeitsmigranten aus Albanien sowie (erneut) aus dem ex-jugosla-

wischen Gebieten geworden. Von Albanern besiedelte Ortschaften gibt es in der heutigen Türkei in zahlreichen Gebieten darunter u. a. vor allem in den Provinzen Düzce, Edirne, Eskişehir, Kırklareli, Sakarya und Samsun.

Bislang gibt es in der Türkei weder eine das gesamte Land abdeckende albanische Emigrantenorganisation, noch einen Dachverband der zahlreichen albanischen Diasporavereine, die teils landsmannschaftlich organisiert und oft nach dem Namen der Ursprungsdörfer oder Regionen der Emigranten benannt sind (vor allem im Fall von Makedonien), wie z. B. die „Pirlepeliler Kültür ve Dayanışma Derneği“ („Kultur- und Solidaritätsvereinigung Prilep“), und deren Anzahl sich nach Angaben von örtlichen Vertretern der Diasporavereine aktuell auf insgesamt etwa 100 belaufen soll. Bei einem Teil dieser Vereine handelt es sich jedoch nicht um rein albanische Emigrantenclubs, sondern faktisch um multiethnische Gründungen mit entsprechender (türkisch sprachiger) Namensgebung, denen beispielsweise auch Angehörige der Volksgruppen der Pomaken, Torbeschen oder Goranen angehören.

Ein Teil der erwähnten Emigrantenvereine firmiert zudem unter der Bezeichnung „Rumeli“ oder führt den Begriff zumindest in der eigenen Vereinsbezeichnung (z. B. „Mustafakemalpaşa Rumeli Halk Oyunları ve Kültür Derneği“). Mit dem Begriff „Rumelien“ wurde seit dem Mittelalter der europäische Teil des Osmanischen Reichs bezeichnet, wobei der alttürkische Begriff als Gegensatz zu „Anadolu“ (Anatolien mit der Bedeutung „Mutterland“) zu verstehen ist. Mit der Verwendung der Bezeichnung „Rumeli“ im Vereinsnamen verweisen die albanischen Emigrantenorganisationen in der Türkei auf die geographische Herkunft ihrer Gründer und Mitglieder aus Südosteuropa, wobei die gewählte historisch-geographische Bezeichnung aus Zeiten des Osmanischen Reichs zumindest teilweise auch dem kulturellen Selbstverständnis der betreffenden Emigrantenorganisationen entspricht. Lediglich einige wenige Emigrantenvereine beziehen derzeit die Be-

zeichnungen „Albanien“ oder „albanisch“ ausdrücklich in ihren türkisch sprachigen Vereinsnamen mit ein. Dabei handelt es sich u. a. um den „Türk Arnavut Kardeşliği Derneği“ („Türkisch-Albanischer Bruderschafts-Verein“) in Istanbul, den „Çamerya Arnavutları Derneği“ („Albanischer Verband Çamëria“) und die „Arnavut Göçmenleri Kültür ve Dayanışma Derneği“ („Albanische Einwanderungs-, Kultur- und Solidaritätsvereinigung“) jeweils in Izmir sowie den „Sakarya Arnavutları Kültür ve Dayanışma Dernek“ („Albanischer Kultur- und Solidaritätsverein Sakarya“) in Kocaali.

Neben Istanbul gilt vor allem Bursa mit seinen 1,9 Millionen Einwohnern (viertgrößte Stadt der Türkei) als bedeutendes Zentrum der albanischen Diaspora. Bursa, die erste Hauptstadt des Osmanischen Reichs ab dem Jahr 1326 und heutige Hauptstadt der gleichnamigen türkischen Provinz, liegt gut 90 Kilometer südlich von Istanbul und etwa 30 Kilometer von der Küste des Marmarameeres entfernt am Fuße des Uludağ-Gebirges in der Westtürkei. Der Hausberg der Stadt ist 2.542 Meter hoch und das erwähnte Gebirge beherbergt das bedeutendste Wintersportzentrum der Türkei und einen bekannten Nationalpark.

Umgeben ist die Stadt von einer grünen Landschaft mit mehreren Schwefelquellen. Bursa wird oft als „grünste Stadt“ der Türkei bezeichnet. Im Sommer wird die Stadt wegen ihres „grünen Charakters“ bevorzugt von arabischen Touristen besucht, die eine vergleichbar kräftige grüne Vegetation aus ihren Heimatländern meist nicht kennen. Zudem befindet sich in Bursa das Grabmal von Sultan Mehmed I., welches besonders gern aufgesucht wird und ein wichtiges Reiseziel für arabische Besucher darstellt. In Bursa endete schließlich zu Zeiten des Osmanischen Reichs die legendäre Seidenstraße aus dem Orient. Der berühmte Seidenbasar „Koza Han“ im Zentrum der Stadt ist noch heute in Betrieb und wird ebenfalls gerne von arabischen Touristen zum Einkaufen genutzt.

Nicht wenige der Verkäufer und Händler des Seidenbasars, wie etwa Nihat Karaca, dessen Großeltern aus

Skopje in die Türkei emigrierten, haben albanische Wurzeln. Über aktive albanische Sprachkenntnisse verfügt Nihat Karaca, wie auch viele andere Angehörige seiner Generation, jedoch praktisch nicht mehr.

Laut den Aussagen von Vertretern der albanischen Emigrantenvereine in Bursa sind von den knapp zwei Millionen Einwohnern der Stadt etwa 400.000 ursprünglich albanisch stämmig, wobei ein Großteil der Betroffenen sich der eigenen albanischen Volkszugehörigkeit entweder überhaupt nicht mehr oder nur noch sehr rudimentär bewusst ist. Zu den albanisch stämmigen Einwohnern zählt auch der Bürgermeister der Stadt, Recep Altepe, dessen Vorfahren aus Skopje in die Türkei emigrierten. Der Politiker, der der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) angehört, spricht zumindest noch etwas albanisch.

Viele der albanischen Emigranten, deren Vorfahren vor dem Zweiten Weltkrieg in die Türkei einwanderten, führen inzwischen zumindest türkische Nachnamen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der Türkei erst mit dem Familiennamengesetz vom 21.6.1934, das im Januar 1935 in Kraft trat und die verbindliche Annahme eines Nachnamens bis zum 2.7.1936 verlangte, Familiennamen gesetzlich vorgeschrieben wurden. Um ihre Loyalität zum türkischen Staat zum Ausdruck zu bringen, entschieden sich damals viele Albaner bewusst für einen türkischen Nachnamen, so dass die ursprüngliche Nationalität vieler albanischer Emigranten und ihrer Nachfahren in der Türkei heute nicht mehr ohne weiteres am Familiennamen erkennbar ist.

Ein Großteil der albanischen Emigranten in Bursa lebt im Stadtviertel „Zafer Mahallesi“, der jedoch kein eigener kommunalpolitischer Stadtbezirk ist. Die Anzahl der albanischen Emigrantenclubs im Stadtviertel „Zafer Mahallesi“ beläuft sich auf acht Verbände. Ältester Verein ist der Verein „MAKDER“ („Makedonya Arnavutluk Kosova Göçmenleri G.S.K Derneği“ / „Makedonien, Albanien, Kosovo Emigrantenverein“), der bereits 1962 in Bursa gegründet wurde und

dessen Aushängeschild das Tanz- und Folkloreensemble „ZAFER“ ist, das bei internationalen Festivals bereits zahlreiche Auszeichnungen und Preise erhielt. Der Verein ist zudem, zusammen mit der Stadtverwaltung von Bursa, Ausrichter des jährlichen internationalen „Bursa Festivalleri“, an dem regelmäßig u. a. auch zahlreiche albanische Künstler und Gruppen aus dem Kosovo, aus Albanien, Makedonien und Montenegro teilnehmen.

Der albanische Emigrantenverein „MAKDER“ ist inzwischen, so die Aussage des künstlerischen Direktors Kadir Güler, nahezu ausschließlich im Kultur- und Folklorebereich aktiv, wobei der vom Autor besuchte Tanzunterricht im Untergeschoss des Vereinsgebäudes ausschließlich auf Türkisch stattfand, da die meisten teilnehmenden Kinder und Jugendliche, zu denen auch Türken zählen, entweder überhaupt nicht oder nur noch sehr eingeschränkt albanisch sprechen oder verstehen würden.

Wie alle anderen albanischen Emigrantenvereine in Bursa so ist auch der Vereinssitz von „MAKDER“ vorwiegend mit zahlreichen türkischen Fahnen und Bildern des türkischen Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk geschmückt, so dass man als Besucher unwillkürlich den Eindruck hat, dass sich die Albaner der Stadt zunächst vor allem als Türken und erst dann als Albaner definieren, was für die albanische Diaspora im Ausland durchaus schon ein wenig ungewöhnlich ist.

Als größter albanischer Emigrantenverein in Bursa gilt die „Kosova-Üsküp Türklere Kültür ve Dayanışma Derneği Bursa K.T. 1999“ („Kosovo-Skopje türkischer Kultur- und Solidaritätsverein 1999 Bursa“), der, wie der Vereinsname bereits vermuten lässt, im Jahr 1999 gegründet wurde. Vorsitzender der Vereinigung ist Rexhep Gyndyz. Dem Verein gehören nach Aussagen von Vorstandsmitgliedern „mehr als 1.000 Familien“ an, wobei sich in dem eher kleinen Vereinslokal in der Straße Zafer Bulban Nr. 37 ausschließlich Männer mit meist fortgeschrittenem Alter aufhielten. Als jüngster albanischer Emigrantenverein der Stadt ist schließlich ein am 14.4.2014 gegründeter Klub unter der Leitung

von Dr. Taner Ödemiş, einem Arzt des städtischen Krankenhauses von Bursa, zu nennen, wobei es sich dabei um eine Abspaltung von einem anderen Emigrantenclub handelt.

Laut den Aussagen der Vertreter der albanischen Emigrantenvereine sind in Bursa auf den unterschiedlichen Ebenen etwa 50 albanische Emigranten politisch aktiv, die ausnahmslos der türkischen Regierungspartei AKP angehören. So sitzen beispielsweise im Parlament des Landkreises Gürsu, der vorwiegend ein Stadtgebiet im östlichen Zentrum von Bursa umfasst, vier Abgeordnete mit albanischen Wurzeln.

(Die politische bzw. verwaltungsrechtliche Gliederung des Stadtgebiets ist ein wenig unübersichtlich. Neben der Großstadtkommune Bursa existiert die gleichnamige Provinz Bursa, wobei die etwa 2,6 Millionen Einwohner der Provinz zu zwei Dritteln im Gebiet der Großstadt wohnen. Die Provinz Bursa ist wiederum in 17 sogenannte Landkreise unterteilt, von denen einige mit gleichnamigen Stadtbezirken der Großstadt identisch sind. In anderen Fällen umfassen die Landkreise jedoch sowohl bestimmte Stadtviertel der Großstadt als auch umliegende Ortschaften außerhalb der Großstadt Bursa.)

Aus Bursa stammt schließlich auch die albanischstämmige AKP-Parlamentsabgeordnete Merita Jegeni Yıldız, die jedoch bei den Parlamentswahlen am 7.6.2015 nicht erneut kandidiert.

Bis vor wenigen Jahren boten einige der albanischen Emigrantenvereine in Bursa in Eigenregie für die Kinder und Jugendlichen der Emigranten albanische Sprachkurse an. Obwohl es in der Türkei keinen staatlichen albanischen Sprach- bzw. muttersprachlichen Schulunterricht gibt, wurde das Sprachkursangebot der Emigrantenvereine in Bursa aufgrund mangelnder Nachfrage inzwischen eingestellt. (Inwieweit an dieser Situation der Besuch des kosovarischen Diasporaministers Valon Murati am 27.2.2015 in Istanbul, bei dem es auch um die Förderung des albanischen Sprachunterrichts für Emigranten in der Türkei ging, sowie die bereits eingangs erwähnte

Zulassung von muttersprachlichen Privatschulen der Minderheiten im Zuge des durch das türkische Parlament Anfang März 2014 verabschiedete „Demokratie-Paket“ etwas ändern wird, bleibt abzuwarten).

Auch albanischsprachige Literatur oder sonstige Veröffentlichungen in albanischer Sprache sucht man in den Buchhandlungen und öffentlichen Bibliotheken in Bursa vergeblich. Von den zahlreichen staatlichen und privaten Universitäten und universitären Bildungseinrichtungen in der Türkei bieten schließlich derzeit lediglich zwei Provinzuniversitäten ein Studium der albanischen Sprache und Kultur an. Dabei handelt es sich u. a. um die staatliche „Trakya Üniversitesi“ („Universität Thrakien“) in Edirne im europäischen Teil der Türkei. Anders als beispielsweise in Deutschland existieren in der Türkei bislang auch keine gesonderten albanischen Moscheen bzw. Moscheevereine. Vorwiegend an Albaner im Ausland richtet sich schließlich das multimediale albanischsprachige Angebot des Auslandssenders „Stimme der Türkei“ (TSR) der „Türkischen Hörfunk- und Fernsehanstalt“ („Türkiye Radyo ve Televizyon Kurumu“), das inzwischen, nach Einstellung der Kurzwellensendungen, allerdings nur noch im Internet abgerufen werden kann.

Die schleichende Assimilierung und Türkisierung der albanischen Emigranten sehen nur wenige Albaner in der Türkei kritisch. Dies gilt auch für das politische und wirtschaftliche Engagement der Türkei in den Staaten Südosteuropas, dem gelegentlich als Ziel eine „Neo-Osmanisierung“ des Balkans unterstellt wird und welches u. a. mittels der „Türk İşbirliği ve Koordinasyon Ajansı Başkanlığı“, TİKA, („Türkische Agentur für internationale Zusammenarbeit und Koordinierung“), die dem Staatspräsidenten untersteht und u. a. sowohl in Tirana und in Skopje als auch in Prishtina und in Prizren Vertretungen unterhält, realisiert wird.

Zu der kleinen Gruppe von Aktiven, die sich die Bewahrung der albanischen Identität und Kultur der Emigranten in der Türkei auf die Fahne geschrieben haben, gehört Bertan Arin in Yalova, dessen Urgroßeltern 1924

aus Kastoria (albanisch: Kostur) im heutigen Nordwestgriechenland in die Türkei emigrierten, und der im Jahr 2006 mit Gleichgesinnten die Internetplattform <www.arnavutum.com> gründete, die inzwischen (neben der Website <www.arnavut.com>) als wichtigstes virtuelles Netzwerk der albanischen Community in der Türkei gilt. Mit Kamil Bitiş, dem Vorsitzenden der bereits 1952 gegründeten „Türk Arnavut Kardeşliği Derneği“ („Türkisch-albanischer Bruderschafts-Verein“) in Istanbul (zu den Gründern zählte u. a. Generalmajor Jamal Araniti) und weiteren Mitstreitern plante Bertan Arin schließlich im Frühjahr 2015 die Gründung von drei albanischen Kulturgesellschaften in Istanbul, Bursa und Yalova.

Anlässlich des kosovarischen Nationalfeiertages am 17. Februar kam es 2014 erstmals in Bursa zu einer kleinen spontanen Kundgebung im Zentrum der Stadt, wobei von den vorwiegend jugendlichen Teilnehmern albanische und kosovarische Fahnen sowie albanischsprachige Spruchbänder geschwenkt wurden. Am Rande der Kundgebung kam es dabei zu verbalen Auseinandersetzungen mit türkischen Passanten, die auf die Spontandemonstration der kosovarischen Emigranten und die albanischen Fahnen eher gereizt reagierten. Anfeindungen und kritische Reaktionen zu der spontanen Kosovo-Kundgebung am 17.02.2014 in Bursa habe es, so Bertan Arin, von türkischer Seite schließlich auch im Internet gegeben.

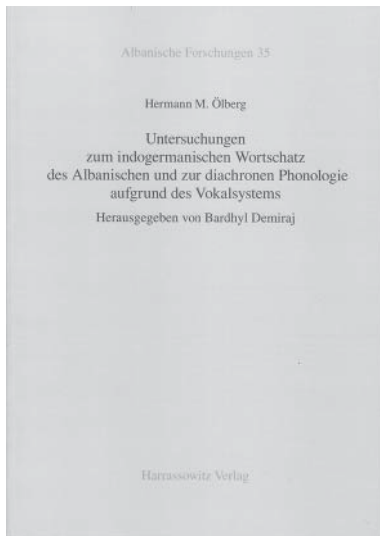
Zu den bekanntesten Persönlichkeiten mit albanischen Wurzeln in der Türkei gehören laut den Aussagen der Vertreter der albanischen Emigrantenvereine derzeit u. a. Candan Erçetin, eine in der Türkei sowie auf dem Balkan sehr populäre Pop-Sängerin, die türkischen Fußballspieler Arif Erdem, Ali Sami Yen und Hakan Şükür, der Filmschauspieler Mehmet Günsür, die Sängerin und Schauspielerin Yeşim Salkım sowie nicht zuletzt der Pop-Sänger Metin Şentürk, dessen albanische Abstammung allerdings in der Türkei kaum bekannt ist.

Stephan Lipsius

Foto: Stephan Lipsius

Hermann Ölberg: Untersuchungen zum indo- germanischen Wortschatz des Albanischen und zur diachronen Phonologie aufgrund des Vokal- systems.

Hrsg. Bardhyl Demiraj. Wiesbaden 2013. Paperback 180 S. (= Albanische Forschungen 35) ISBN 9783447069595



In der Reihe „Albanische Forschungen“ des Harrassowitz-Verlages hat der Münchner Albanologe Bardhyl Demiraj die bisher (aus welchen Gründen auch immer) ungedruckte Habilitationsschrift von Hermann Ölberg herausgegeben – volle 41 Jahre nach ihrer Fertigstellung.

Der 1922 geborene Innsbrucker Indogermanist Ölberg, der für seine Verdienste um sein Interessengebiet, die Albanologie, 2005 mit einem albanischen Dr. h.c. ausgezeichnet wurde, hatte 1972, also im Jahr seiner Habilitation, ein vielbeachtetes Symposium zu Ehren des von den Nazis ermordeten Norbert Jokl organisiert (Akten des Internationalen Albanologischen Kolloquiums Innsbruck 1972 zum Gedächtnis an Norbert Jokl. Innsbruck 1977), auf der auch namhafte Forscher aus Albanien auftraten – was damals im neutralen Österreich einfacher als in Deutschland, aber dennoch keine Selbstverständlichkeit war. Ölberg zollt seinen albanischen Kollegen, allen voran dem 1980 verstorbenen Eqrem Çabej, großen Respekt; seine

Studie ist, wie er im Vorwort betont, in weiten Teilen eine positiv-kritische Auseinandersetzung mit dessen Arbeitsergebnissen.

Das Buch ist schmal; 12 Seiten entfallen auf die Einleitungen des Verfassers und des Herausgebers, 18 Seiten auf das Literaturverzeichnis und 20 Seiten auf das Register der erörterten Wörter aus dem Albanischen und den anderen hinzugezogenen Sprachen; diese beiden Verzeichnisse wurden vom Mitarbeiterteam des Herausgebers ergänzt bzw. erstellt. Für die Darlegung bleiben also ganze 130 Seiten.

Ölberg untersucht den Erbwortschatz des Albanischen auf die Entwicklung der Vokale auf dem Weg vom Indogermanischen zum modernen Albanischen, das bekanntlich einen eigenen Zweig des Indogermanischen darstellt und dessen schriftliche Überlieferung im 15. Jahrhundert mit einzelnen kurzen Texten und im 16. Jahrhundert mit den ersten Büchern beginnt. Er teilt die albanische Sprachgeschichte in vier Perioden ein:

- das Ur- bzw. Protoalbanische von der Ausgliederung aus dem Indogermanischen bis zum Beginn des römischen Einflusses, das Altalbanische im 1. Jahrtausend n. Chr.,
- das Mittelalbanische bis zum Einsetzen der schriftlichen Überlieferung im 15. Jahrhundert, und
- das Neualbanische bis heute.

Diese Einteilung ist hoch strittig; Ölberg weist selbst auf etwas andere Periodisierungen hin. Besonders die Vorverlegung des Altalbanischen und die Trennung von einem Mittelalbanischen haben schon Kritik ausgelöst, da es sich eingebürgert hat, die Texte des 15.-17. Jahrhunderts als Altalbanisch zu bezeichnen.

Worum es dem Autor nicht geht, ist die Identifikation des Uralbanischen mit dem Illyrischen oder einer anderen antiken Trümmersprache auf dem Balkan, damit auch nicht um die für albanische Nationalisten so wichtige Frage, ob die Sprachgeschichte den Beweis für die „Autochthonie“ der Albaner liefern kann.

Ölberg analysiert, auf welche indogermanischen kurzen und langen Vokale und auf welche Diphthonge die heutigen albanischen Vokale

zurückgehen und wann sich der Wechsel abgespielt haben könnte; dabei spielt auch die Nasalität des Geigischen eine wichtige Rolle. Er stützt sich dabei auf die alten albanischen Texte (soweit erreichbar) und auf die damals vorhandenen etymologischen Forschungen, in erster Linie Norbert Jokls und Eqrem Çabejs. Die alten Wörterbücher wurden nur z.T. ausgewertet, was an der damals nicht unbedingt gegebenen Erreichbarkeit lag; so konnte gerade das bei Weitem umfangreichste, Rossi 1875, nicht benutzt werden.

Schwerer wiegt sicher, dass sich die Materiallage in den letzten 40 Jahren geradezu dramatisch verbessert hat. Um nur drei wichtige Titel zu nennen: Çabejs etymologische Studien kannte Ölberg nur als 28teilige Artikelfolge in den einschlägigen Zeitschriften Albaniens. Sie sind in erheblich überarbeiteter Fassung in einer siebenbändigen Buchfassung erschienen, deren Veröffentlichung 1976 begann und erst 2014 (also kurz nach dem Erscheinen von Ölbergs Studie) abgeschlossen wurde. Auch der Jahrzehnte lang erwartete Dialektatlas ist 2007/08 endlich von der albanischen Akademie publiziert worden. Nicht zuletzt hätte die monumentale historische Grammatik des kürzlich verstorbenen Shaban Demiraj (des Vaters des Herausgebers) von 1986 (deutsche Kurzfassung 1993) in die Diskussion einbezogen werden müssen.

Es ist immer misslich, wenn wichtige Forschungsarbeiten nicht veröffentlicht werden, die in ihrer Zeit einen realen Erkenntnisfortschritt bedeuteten und Impulse für weitere Untersuchungen hätten bringen können. Sie nach über vier Jahrzehnten unkommentiert auf den Markt zu werfen, ist gerade bei einer sprachwissenschaftlichen Studie sehr schwierig. Die bessere Lösung wäre es m. E. gewesen, sie mit Kommentaren und Erläuterungen zu ergänzen, die deutlich gemacht hätten, an welchen Stellen die Erkenntnisse Hermann Ölberg bis heute Bestand haben und wo sie nach dem heutigen Forschungsstand diskussionsbedürftig oder gar überholt sind. Das hätte die große Leistung des Autors nicht geschmälert.

Michael Schmidt-Neke

Liebe Albanien- und Kosovofreunde,

die Monate seit Erscheinen der letzten Ausgabe der Albanischen Hefte waren besonders ereignisreich. Vor allem hat uns der Flüchtlingsansturm beschäftigt. Gerade in Berlin – und auch als Folge einer sich sehr gut entwickelnden Zusammenarbeit mit der Organisation Albanischer Studenten und Alumni e.V. – haben wir einiges an Zeit und Energie in die Flüchtlingshilfe investiert. Die Frustration unter der Bevölkerung im Kosovo sieben Jahre nach der staatlichen Unabhängigkeit – aber auch in Albanien – ist in den vielen Presseberichten zum Thema mehr als deutlich geworden. Was vielleicht nicht so deutlich zu Tage trat oder nur am Rande Erwähnung fand, sind die Strukturen hinter dieser Fluchtbewegung: die Fehlinformationen vor Ort, Deutschland suche Arbeitskräfte, die sich plötzlich verselbstständigen, oder die Machenschaften der Schleuser.

Diese Situation hat tragischerweise wieder gezeigt, dass es nach wie vor einen gewaltigen Bedarf gibt, in Deutschland über Albanien und Kosovo zu informieren, aber auch in umgekehrter Richtung. Es gibt viel zu tun.

Einen Schritt in diese Richtung haben wir vielleicht mit unserer rundum erneuerten Webseite getan. Den Seh- und Lesegewohnheiten des Web 2.0 angepasst, möchten wir damit die Position der DAFG als Quelle für Informationen aus und über den albanischsprachigen Raum sowie für Informationen über die albanischsprachige Gemeinde in Deutschland weiter ausbauen. Es wird noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, bis alle Informationen auf der alten Seite ggf. aktualisiert auf der neuen Seite ihren Platz finden; wir sind aber auf einem guten Weg. In der Zwischenzeit freuen wir uns über Lob und Kritik: Was machen wir gut? Wo – und vor allem: wie – können wir unser Angebot verbessern? Wir freuen uns auf Eure Rückmeldungen!

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Leser
punë të mbarë
Andreas Hemming

Das Webereimuseum Gieselwerder und die DAFG laden zum “Albanischen Sommerfest” am 21.-23. August 2015 ein!



Das diesjährige Museumssommerfest in Gieselwerder findet ganz im Sinne der aktuellen Sonderausstellung ‘Albanien, Textilkunst der Skipetaren’ statt. Es erwarten Sie: Lesungen / Filme / Briefmarken und Münzen / Spezialitäten aus der albanischen Küche / Handwerk / Tanz und Musik. Nora Kircher berichtet über die Sammelreisen in Albanien und wie es zu der Ausstellung kam. Der Ethnologe Andreas Hemming gewährt Einblicke in die albanische Kultur.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albanien in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt. Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

- Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;
- Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;
- in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;
- Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;
- Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;
- die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;
- Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;
- Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;
- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Mitgliedschaft in der DAFG!

Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.

Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-206 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von

z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.

- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.

Ich habe die Summe auf das Konto der DAFG überwiesen: Postbank Hamburg
IBAN: DE43 2001 0020 0035 9812 06
BIC: PBNKDEXX

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons, Friederikastr. 97 44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel,
Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Hamburg;
Andreas Hemming, Halle/Saale; Martin Heusinger, Nürnberg; Dr. Marenglen Kasemi, Tirana; Artana Koshi, Prishtina; Julius Krause, Hamburg; Renate Pietrek, Dinslaken; Gerhard Përgega, Rrëshen; Sadri Ramabaja, Prishtina

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Bodo Gudjons, Bochum
Die AH sind gesetzt in Charis SIL und Yanone Kaffeesatz

Druck:

Hansadruck Kiel

Vertrieb:

Andreas Hemming, Halle/Saale

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 11 01 53
06015 Halle/Saale

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto - Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)

Preis für Auslandabos auf Anfrage

Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:
15.06.2015

Kontakt zur DAFG

Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Andreas Hemming, Vorsitzender
Postfach 11 01 53 - 06015 Halle/Saale
Lauchstädter Str. 16 - 06110 Halle/Saale
Tel.: (0234) 30 86 86
e-mail: info@albanien-dafg.de
e-mail: hemming@o2online.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
Kielortallee 24 - 20144 Hamburg
e-mail: jochenblanken@yahoo.de

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 - 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@t-online.de

Stephan Lipsius
Heideweg 47 - 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Vlore Kryeziu, KassiererIn
Grünberger Str. 50 - 10245 Berlin
e-mail: vlore@gmx.de

Dr. Klaus-Peter Müller
Kreuzgartenstr. 35 - 65719 Hofheim
e-mail: DrKpMueller@web.de

Dr. Matthias Bickert
e-mail: matthias.bickert@gmail.com

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin
Postfach 30 34 27 - 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

Ortsgruppe Hamburg
c/o Dr. Kay Schlette
Griesstr. 86
20535 Hamburg
e-mail: kaysch@hotmail.com

Die DAFG im Internet

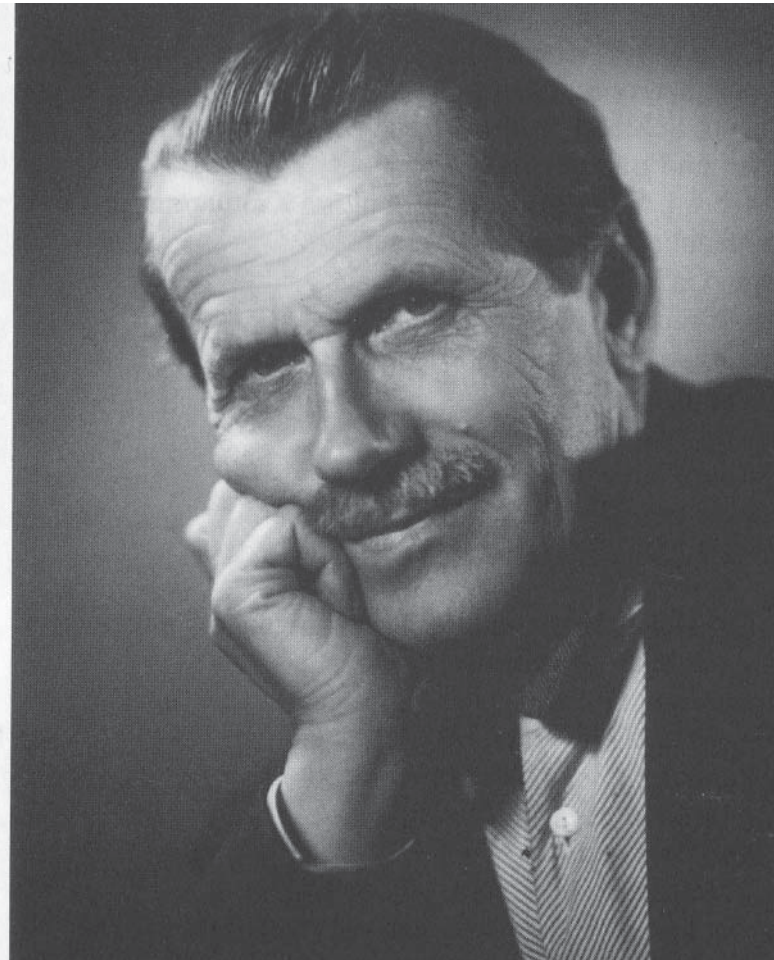
Sie finden die DAFG unter folgenden Adressen im Internet:

www.albanien-dafg.de

und die DAFG bei facebook:

https://www.facebook.com/pages/Deutsch-Albanische-Freundschaftsgesellschaft/539673532750762

Brief des Besatzungssoldaten und Malers Hans Troschel (1899-1979) an seine Verlobte Käte Nadler vom 22. Juli 1944



... ‚Himmelhochjauchzend – zu Tode betruet‘ so geht es immer wieder.. Hoere: es haben sich wieder hier ganz neue Perspektiven eroeffnet. Wir wollen hier im Lande ein ‚Deutsches Wissenschaftliches Institut‘ gruenden. Mit allen moeglichen Abteilungen dabei. Nicht nur Centrum aller Forscherarbeit des Landes, sondern Verbreitung Deutscher Kultur und Sprache, ferner eine Kunstschule worin ich einige Klassen uebernehmen soll, das Beduerfnis dafuer ist im Lande vorhanden, es bestand frueher hier eine kleine wirklich nette Kunstschule, die ich zur Zeit des Koenig Zog. I. noch besichtigt hatte. Italien hatte all solche Anstalten gleich eingehen lassen. Um alles geistige Leben hier zu ersticken. Ich habe immer wieder darauf gepocht die Kunstschule wie-

der neu entstehen zu lassen, jetzt soll es geschehen. Dann wollen wir auch einen Kindergarten hier ins Leben rufen denn Du mein Schatz leiten koenntest (d.h. wenn du Lust dazu hast) oder Du kannst Handarbeitsklassen uebernehmen. Deine Mitarbeit hier wird sehr begruesst . . Ferner wird unser Institut den Sport hier foerdern, und (meinen alten Wunsch) den Segelflug hier einfuehren, mit mir als Fluglehrer. Der Deutsche Konsul hat mich in letzter Zeit wiederholt besucht zu eingehenden Ruecksprachen ueber unsere kulturelle Arbeit hierzulande, und ich hatte als guter Kenner von Land und Leuten viel Plaene und Vorschlaege zu entwickeln. Er ist ein feinsinniger Herr mit dem ich tadellos harmonierte. (Verzeihung: ich bin hier in den Augen der Albaner einer der

besten Landeskenner!) Somit kann ich auch meine Erfahrungen und Erkenntnisse zur Verfuegung stellen. Es wird Zeit dass meine allergeliebteste Kaete mit mir Einiges erlebt. Sehr anregende Stunden habe ich mit dem Konsul verbracht in meinem Atelier, ich kochte einen prima Mokka denn wir mit zartem Gebaeck stundenlang schluerften und uns begeisterten an unseren Plaenen. Er war beglueckt dass ich ihn in alles einfuehren konnte. Er hat auch eine tuechtige junge Frau (Sportlehrerein etc.) die er auch herkommen lassen will, sie wartet brennend darauf das Land der Adler-soehne kennen zu lernen. Wir wollen dann hier einen Sportklub gruenden, viel Ausfluege veranstalten, Paddelsport betreiben, er ist ein grosser Freund davon, Schneelaufen auf den herrlichen Bergen hier etc. etc. Das waere alles sehr schoen, nur muessten die Zeiten sich bessern. Man weiss ja nicht wie die kriegerischen Ereignisse sich gestalten werden.

Ein guter Freund von der Schule her ist Reichsminister Himmler der dem Konsul fuer seine kulturelle Arbeit hier jede Hilfe zugesagt hat. Die Menschen hier selbst stehen unseren Plaenen sehr wohlwollend gegenueber, dass ist natuerlich auch wesentlich. Heute habe ich den Konsul mit einem meiner besten alb. Freunde bekannt gemacht, der in diesen Tagen aus Italien zurueckgekommen ist. Ekrem Çabej (Unterrichtsminister) der begabteste und feinsinnigste Kopf des Lanndes. Wir hatten uns seit 5 Jahren nicht gesehen, natuerlich begruessten wir uns aufs herzlichste. Er ist der groesste Kenner alb. alten und neuen Literatur. Mama kennt ihn auch durch mich, ich schickte ihr mal eine Abhandlung von ihm ueber das albanische Volkslied. Die ich in Horst habe! Bitte studiere da mal eingehend meine Alb. Literatur. Das Buch von Spiridon Gobjevics ist nicht zu empfehlen, da es einseitig geschrieben wurde aus slawischem Munde. Bitte Dich uerberhaupt oben in meinem Seezimmer zu wohnen bei meinen Buechern. Es steht dir natuerlich alles was mir gehoert zur Verfuegung.

aus: Karl Reddemann: Maler in „Himmel und Hölle“. Biographische Annäherung an den Maler und Graphiker Hans Troschel, 1899 - 1979. Münster 1999, S. 537-538



0800-Nummer einmal anders: Aufruf, korrupte und unkorrekte Polizeibeamte anzuzeigen